

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 14 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 53.

Freitag, den 3. März 1922.

29. Jahrgang.

Gegen die Brotverteuerung.

SPD. Berlin, 2. März. (Drahtbericht.)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beauftragte am Donnerstag ihren Vorstand, beim Reichskanzler Dr. Wirth unterzulegen wegen der sehr beunruhigenden neuen Preissteigerung von Brotgetreide vorstellig zu werden. Von der Regierung sollen sofort durchgreifende Maßnahmen verlangt und unter anderem gefordert werden, die Brotversorgung der minderbemittelten Volksteile zu halbwegs erträglichen Preisen sicherzustellen.

Weitere Verschiebung der Konferenz von Genua?

London, 3. März.

Der Korrespondent der „Westminster Gazette“ in Genua will erfahren haben, daß die Konferenz von Genua nicht am 10., sondern erst am 25. April eröffnet werden soll, da das religiöse Gefühl eines großen Teiles der Bevölkerung durch die Eröffnung der Konferenz während der Karwoche verletzt werden könnte.

Um das Steuerkompromiß.

III. Berlin, 3. März.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstagabend mit dem Steuerkompromiß. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Steueraussschusses wurden von der Fraktion beauftragt, in der Freitagssitzung des Steueraussschusses von der Deutschen Volkspartei eine Erklärung über die Stellungnahme zu dem Kompromiß zu verlangen. Sollte die Volkspartei ihre bisherige Zustimmung verneinen, dann wären auch für die Sozialdemokratie alle bisherigen Vereinbarungen, die dem Steuerkompromiß zugrunde liegen, hinfällig.

Die „Zeit“ teilt mit: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat bisher noch keine Einladung zur Teilnahme an den Besprechungen erhalten. Sie hat auch keine Veranlassung, von sich aus irgendwelche Schritte zu unternehmen.

Die „Deutsche Zeitung“ berichtet: Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der Reichsfinanzminister den Parteien, die für das neue Steuerkompromiß in Frage kommen, mitgeteilt, daß die Regierung am dem Mantelgesetz festhält, durch das der Plan der Zwangsanleihe in die bevorstehende Steuergesetzgebung eingesetzt werden soll. Beharrt die Regierung oder die Deutsche Volkspartei auf ihrem entgegengesetzten Standpunkt, so ist die Aussicht auf eine Mehrheit, die von Stresemann bis Scheidemann reicht, dahin.

Volkspartei und Steuerkompromiß.

S. P. D. Berlin, 2. März.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstagabend mit dem Steuerkompromiß. Der Anlaß zu diesen Besprechungen wurde durch das Verhalten einzelner Mitglieder der Volkspartei gegeben, die in den Steueraussschüssen den Anschein erweckten, als habe das Kompromiß für ihre Fraktion keine Geltung mehr. Die sozialdemokratischen Mitglieder des 11. Ausschusses (Steueraussschuß) wurden von der Fraktion beauftragt, in der Freitagssitzung des Steueraussschusses von der Deutschen Volkspartei eine Erklärung über die Stellungnahme zu dem Kompromiß zu verlangen. Sollte die Volkspartei ihre bisherige Zustimmung verneinen und einen neuen Beweis der Unzuverlässigkeit erbringen, dann wären selbstverständlich auch für die Sozialdemokratie alle bisherigen Vereinbarungen, die dem Steuerkompromiß zugrunde liegen, hinfällig.

Uns Mitteilungen der bürgerlichen Presse, deren Richtigkeit wir nicht nachprüfen können, ist zu entnehmen, daß zurzeit in führenden Kreisen der Bank- und Industriewelt Verhandlungen über die Anbringung der Zwangsanleihe stattfinden. Angeblich soll die endgültige Umlegung der Zwangsanleihe erst vorgenommen werden, wenn die Vermögensermittlung nach Sachschluß vorgenommen ist. Vorher soll ein Teilbetrag zur Einziehung gebracht werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte bisher noch keine Gelegenheit, zu der Frage der Veranlassung eingehend Stellung zu nehmen. Sie wird jedenfalls

dahin wirken, daß mit Rücksicht auf den dringenden Geldbedarf des Reichs möglichst bald ein erheblicher Teil der Zwangsanleihe zur Einziehung gelangt und daß der Rest nach Fertigstellung der Einziehung der Vermögen eingezogen wird. Doch Voraussetzung für die Annahme des Gesetzes über die Zwangsanleihe wird für die Sozialdemokratie sein, daß festgelegte Termine und bestimmte Summen in Ansatz gebracht werden.

Die Umsatzsteuer.

SPD. Berlin, 2. März.

Der erste Ausschuß des Reichstages (Steuerausschuß) setzte am Donnerstag die zweite Lesung des Umsatzsteuergesetz fort. Die bürgerlichen Parteien forderten, dem § 2 einen Absatz 10a hinzuzufügen, wonach die Gewährung von Beherbergung, Beköstigung und die übrigen Naturalleistungen durch Personen und Anstalten, die Kinder für Erziehungs- und Ausbildungszwecke außerhalb des Wohnortes der Eltern bei sich aufnehmen, von der Steuer befreit werden sollen. Ferner wünschten die bürgerlichen Parteien eine Ergänzung des § 3 dahin, daß nicht öffentliche Schulen und Erziehungsanstalten, die der staatlichen Aufsicht unterliegen und ihren Betrieb nur mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln, Stiftungen oder aus staatlich genehmigten Sammlungen aufrechterhalten können, von der Steuer nicht betroffen werden sollen. Die sozialdemokratischen und unabhängigen Vertreter erklärten sich mit dem zweiten Antrage einverstanden, erhoben aber gegen die erste Forderung starke Bedenken, deren sich der Regierungsvertreter anschloß. Die beiden Anträge wurden schließlich — der erste gegen die Stimmen der Linken — angenommen.

Eine lebhafte Debatte entwickelte sich über den deutschnationalen Antrag, der Vermittlungen, die über Geschäfte für das Handelsgewerbe eines anderen in dessen Ländern Aufträge vorgenommen werden, steuerfrei lassen will. Der Regierungsvertreter warnte, dem Antrag in dieser Form Folge zu leisten. Steuerpflichtig sei bei den Handelsagenten nur die Provision, die für die vermittelten Waren bezogen werde, nicht aber der Gesamtumsatz der Warenvermittlung. Die sozialdemokratische und unabhängige Parteien erkennen an, daß in der jetzigen Fassung des Gesetzes ein Unrecht gegenüber den Handelsvertretern liegt, bezüchten aber den deutschnationalen Antrag als zu weitgehend. Es müsse ein Weg gefunden werden, der die kleinen Warenagenten wesentlich von der Steuer befreit, dagegen könne man die Millionenumsätze der Groß-Handelsvertreter keineswegs steuerfrei lassen. Der Antrag wird unter der Bedingung angenommen, daß eine andere Fassung erfolgt.

Trotzdem die Steuerfreiheit der Genossenschaften, die anfangs in dem Gesetzentwurf vorgesehen war, auf Betreiben des freien Handels unter Regung der bürgerlichen Parteien fortgefallen war, brachten Zentrum, Deutsche Volkspartei und deutschnationaler Volkspartei einen Antrag ein, der für die landwirtschaftlichen Kreise das erzielen will, was man den Genossenschaftler verbate. Im Auftrag der sozialdemokratischen Partei erklärte Genosse Kahmann, daß dieses Vorgehen den Abmachungen im Steuerkompromiß widerspreche, jedoch die Sozialdemokratie sich keineswegs mehr gebunden fühle und jetzt den Antrag auf Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer wieder aufnehmen werde. Dieser Protest bewirkte, daß das Zentrum seine Unterschrift unter den gemeinsamen Antrag zurückzog; dem schloßen sich auch die übrigen Unterschriften an. Die Abstimmung über die übrigen, noch vorliegenden Anträge auf Streichung der Steuerfreiheit der Genossenschaften wurde auf Freitag vertagt.

Ein Dementi des Staatskommissars Weißmann.

III. Berlin, 3. März.

Die gestrige Abendausgabe der „Roten Fahne“ enthält einen Artikel mit der Überschrift: „Aus Herrn Weißmanns Praxis“. Es wird darin eine angebliche Verfügung des Staatskommissars vom 2. Februar zum Abdruck gebracht, die eine telephonische Ueberwachung der Zentrale der Kommunistischen Partei der Zweigstelle für Berlin-Brandenburg und der Redaktion der „Roten Fahne“ als dauernd notwendig bezeichnet. Staatskommissar Weißmann bezeichnet diese Verfügung als eine plumpe Fälschung.

Börse.

Berlin, 2. März.

Die Erörterungen über den eventuellen Rücktritt Lloyd Georges riefen am Donnerstag an der Berliner Börse eine verstärkte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln hervor. Gleichzeitig machte sich ein starker Devisenbedarf der Industrie und des Großhandels bemerkbar, die sich schon jetzt für die Aprilzahlungen einedekten. Amtlich notierten Kabel New York 239,75, London 1061,50, Holland 9200. Auch am Effektenmarkt gingen die Kurse flott nach oben.

Die Internationale.

Dr. L. Lübeck, 3. März.

In der alten Geschlechterstube des Frankfurter Rathes tagte in den letzten Tagen die internationale Sozialistenkonferenz. Der vorläufige Erfolg der tagelangen Beratungen waren Entschlüsse, die eine von der Fünfländerkonferenz angenommen, die andere von den Exekutivkomitees der zweiten International und der Internationalen zweieinhalb. Genau genommen gingen in der Frankfurter Sozialistenkonferenz also zwei verschiedene Konferenztagungen nebeneinander her.

Zunächst die Fünfländerkonferenz. Bekanntlich sollte sie ursprünglich in Paris stattfinden. Infolge des Streiks der Eisenbahnbeamten konnten aber die deutschen Vertreter nicht teilnehmen; und da man stets auf Schwierigkeiten der französischen Regierung gestoßen war, wurde die Fortsetzung nach Frankfurt a. M. verlegt. Teilnehmer sollten die Sozialisten der Staaten sein, die mit der Wiedergutmachung direkt zu tun haben: Deutsche, Engländer, Franzosen, Italiener und Belgier. Die Aussprache sollte sich hauptsächlich mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschäftigen, unter denen zurzeit ganz Europa zu leiden hat. Naturgemäß stand die Frage der Reparationen im Mittelpunkt aller Erörterungen.

Das Ergebnis der Beratungen wurde in einer Resolution niedergelegt, der die Vertreter aller Länder zustimmten. (Von uns in der Dienstagnummer mitgeteilt.) Zunächst verurteilt die Resolution jede Politik des Zwanges und der Gewalt; die offenkundig Bankrott gemacht habe, und verlangt internationale Verständigung und Zusammenarbeit, was allein die allgemeine Wiedergesundung der Welt fördern könne. Sie erkennt ausdrücklich die Verpflichtung Deutschlands an, die zerstörten Länder Frankreichs und Belgiens wieder aufzubauen; hingegen will sie die ungeheure Last der Kriegspensionen, die der Versailler Vertrag Deutschland allein aufbürdet, durch „Annulierung und internationale Übernahme“ auf alle beteiligten Staaten billigerweise verteilen. Wie man sich die praktische Durchführung dieser Regelung denkt, ist zunächst gleichgültig. Sie würde jedenfalls Deutschlands Schuldenlast auf einen Stand herabdrücken, der wenigstens nicht mehr bar jeden Sinnes und jeden Verstandes wäre. Und sie würde endlich einige Ordnung und Stetigkeit in den internationalen Waren- und Geldmarkt bringen.

Es ist ein weiter Weg von Frankfurt nach Paris; und die Schranken zwischen den Köpfen denkender Sozialisten und dem Kopf eines Poincare wird der gesunden Vernunft noch manches Hindernis in den Weg legen. Aber ungehört verhallen werden die Warnrufe der Arbeiterführer der beteiligten Länder keineswegs. Wenn auch die französischen Sozialisten nur wenig in ihrem Land mitzureden haben, die belgischen und italienischen sind schon ein Faktor, mit denen jede Regierung rechnen muß. Und in England werden die bevorstehenden Wahlen der Arbeiterpartei nach allgemeiner Ansicht gewaltigen Zuwachs bringen.

Wesentlich andere Ziele verfolgten die Besprechungen zwischen den Exekutivkomitees der Internationalen 2 mit der Internationalen 2½. Der Krieg hat in die alte einige Internationale, die allgemein als zweite bezeichnet wird, bekanntlich Breche geschlagen. Treu geblieben sind ihr außer der deutschen Sozialdemokratie, die englische Arbeiterpartei und die sozialistische Partei Belgiens. Die deutschen Unabhängigen hatten sich im Krieges selbständig gemacht. Ihrer Richtung schloßen sich die Sozialisten anderer Länder an; man gründete in Wien eine neue Internationale. Sie stellte sich in die Mitte zwischen der zweiten (Londoner) und der dritten (Moskauer) und wird deshalb die „zweieinhalbe“ genannt. Außer den schon genannten deutschen Unabhängigen rechnen sich ihr die österreichischen Sozialdemokraten, die Longuettschen Frankreichs und die englische unabhängige Arbeiterpartei zu. Die russischen Menschewiki und die italienischen Rechtssozialisten stehen ihr nahe.

Es gibt also drei Internationales. Davon steht die Moskauer (3.) völlig abseits; die anderen beiden aber kamen sich in der letzten Zeit wieder etwas näher. Die Wiener Internationale (2½) hatte deshalb eine gemeinsame Besprechung angeregt; in Frankfurt hat diese nun stattgefunden. In dieser Besprechung einigte man sich dahin, daß einer gemeinsamen Konferenz aller drei Internationales nichts im Wege stehe. Unter einer Bedingung allerdings: daß die Bolschewiki bereit sind, auch über ihnen unangenehme Sachen zu sprechen, z. B. über Georgien und über die Orangfalterung der russischen Sozialisten. Daß die Sowjetregierung darauf

eingehen wird, ist mehr als zweifelhaft. Um so sicherer dagegen scheint es zu sein, daß eine erhebliche Annäherung zwischen der zweiten (Londoner) und der zweieinhalbten (Wiener) Internationale sich vorbereitet, und daß in absehbarer Zeit eine gemeinsame Sonderkonferenz zu erwarten ist. Von einer Wiedervereinigung ist noch nirgends die Rede; doch wäre schon ein Nachlassen des gegenseitigen Kampfes ein ungeheurer Fortschritt und ein Segen für die gesamte Arbeiterklasse.

Deutscher Reichstag.

178. Sitzung.

Berlin, 2. März, nachmittags 2 Uhr.

Die Interpellation der Deutschen Volkspartei, betreffend Erhöhung der Renten der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen, wird in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Wegen einer Erhöhung der Bezüge finden bereits Verhandlungen mit den interessierten Kreisen statt. Der Gegenstand wird morgen im Reichstagsauschuß zur Beratung gelangen. Die im Dezember bewilligten besonderen Teuerungszuschüsse sind für März bereits verdoppelt.

Darauf wird die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans für das

Reichschatzministerium

forgeleitet. Der Ausschuß fordert eine Denkschrift, aus der die Geschäftsbearbeitung der industriellen und kaufmännischen Reichsunternehmungen und der jeweilige Stand ihrer Betriebe zu ersehen ist, ebenso eine Denkschrift über Vereinfachung der Reichsverwaltung und über die Zuweisung der Ausgaben des Reichschatzministeriums an andere Ministerien, ebenso eine Denkschrift über die Bewertung des Heeres- und Marineguts seit Kriegsende.

Stücken (S.D.): Eine augenblickliche Befreiung des Reichschatzministeriums ist nicht möglich. Damit würde ein Stein aus dem ganzen Gebäude der Reichsverwaltung gerissen werden. Die Bewertung des Heeres- und Marineguts war eine überaus wichtige Aufgabe des Ministeriums, die ihrer Lösung entgegensteht. Leider hat die Verzerrung nicht die gewünschten Summen gebracht, weil das Heeresgut durch gemischte Güter verunreinigt wurde. Man kann aber einen einzelnen Minister hierfür nicht verantwortlich machen, sondern die Verantwortung trifft diejenigen, die in gewissenloser Weise deutsches Heeresgut im Stich gelassen haben, um das eigene Leben zu retten. Ueber die Aufhebung des Ministeriums besteht bei allen Parteien volle Klarheit, fraglich ist jedoch der Zeitpunkt. Wir sind auch für Erparnis, aber die Erparnisse dürfen nicht geringer sein, als der Schaden, der durch eine eventuelle zu frühe Aufhebung des Ministeriums angerichtet werden würde. Die Vermehrung der Beamtenzahl beruht größtenteils auf der Erfüllung des Friedensvertrages. Von einer maßlosen Ueberorganisation kann man nicht sprechen. Das Reich mußte auch die aus den besetzten Gebieten, aus Oberschlesien und Elsaß-Lothringen ausgewiesenen Beamten wieder in den Dienst stellen. Es gibt allerdings Angelegenheiten, die gleichzeitig in 5 bis 6 Ministerien bearbeitet werden. Unser Verwaltungssystem beruht auf einer großen Umständlichkeit. Alle Ministerien werden sich auf eine große Streichung von Beamtenstellen einstellen müssen. Wir fordern von der Reichsregierung, daß sie uns mindestens im Herbst dieses Jahres eine Denkschrift über die Vereinfachung der Reichsverwaltung vorlegt. Die Beamten sind zwar der Meinung, daß man sie der ihnen einmal zugewiesenen Stellung nicht entziehen kann. Wir sind da anderer Ansicht. Es gibt ja viele andere Möglichkeiten, wo man die Beamten unterbringen kann, zum Beispiel die

Wohnungsämter, die, wie die Kriegsgesellschaften, von Schiefern geleitet werden.

Dam werden auch die Besetzungen, die in letzter Zeit einen erschreckenden Umfang angenommen haben, aufhören. Sodann ist aber das Reich durch das Reichschatzministerium an der Stoff- und Elektroindustrie beteiligt. Das ist sehr zu begrüßen. Künftig muß es dem Reiche möglich sein, produktionsausgleichend zu wirken. Die Hauptaufgabe des Schatzministeriums liegt aber in der Verwaltung der besetzten Gebiete. Leider sind wir in den besetzten Gebieten nicht mehr Herr wie im eigenen Hause. Die französischen Besatzungs- und Militärbehörden erlauben sich die unerhörtesten Uebergriffe. Alles deutet darauf hin, daß die Franzosen beabsichtigen, sich auf dem linken Rheinufer längere Zeit festzusetzen. Die Besatzungsstellen betragen bis Ende Dezember 3 1/2 Milliarden Goldmark, eine Summe, die sich im Hinblick auf die unerhörten Ansprüche der Besatzungsbehörden auf rund 5 Milliarden Goldmark erhöhen dürften. Nicht nur für die Besatzungstruppen, sondern auch für ihre Familienangehörigen müssen wir Wohnungen beschaffen, während wir für unsere Bevölkerung hier die erforderliche Zahl von Neubauten nicht ausführen können. Gegen Beamte im besetzten Gebiet, die sich weigern, die hierfür benötigten Ansuchen zu bewilligen, geht man in der rigorosesten Weise vor. Darum will kein Beamter in das besetzte Gebiet versetzt werden. Die Zahl der Garnisonen im Rheinland hat früher 28 betragen, sie hat sich auf 228 vermehrt. Am 1. Dezember 1921 betragen die von den Besatzungsbehörden belegten Privatwohnungen etwa 10 000, daneben außerdem noch 40 000 Zimmer. Die Zahl der Franzosen und der belgischen Offiziere wächst von Tag zu Tag. Es fragt sich, ob die Besatzungsbehörden, die sich nicht die Mühe machen wollen, eine Wohnung zu suchen, wenden sich an die französische Quartiersverwaltung, von der sie auf Kosten der Deutschen Reiches Wohnungen zugewiesen bekommen. Zwar haben die Besatzungsmächte eine Herabminderung der Besatzungstruppen und der dadurch benötigten Kosten angeordnet. Bisher hat man aber nichts für eine Besatzungsminderungen getan. Mit dieser Handlungsweise werden die Franzosen bei der rheinischen Bevölkerung äußerst keine moralischen Erfolge haben. Wir dagegen haben Mittel und Wege zu finden, die Wünsche der französischen Besatzungsbehörden auf das Mindestmaß zu beschränken. Bisher ist das durch ein internationales Schiedsgericht geschehen. Leider wird die rheinische Bevölkerung durch die Besatzung außerordentlich schwer belastet, und leider gibt es im besetzten Gebiet Deutsche, die die Anklage des deutschen Volkes zu ihrem Vorteil ausnützen. So haben verschiedene Reparationsgewinnler als Reparationschäden höhere Summen bei der deutschen Regierung angegeben, als die Schäden wirklich betragen. In der französischen Kammer hat man behauptet, daß die deutsche Regierung diese Reparationsforderungen nicht unterbreite, um die Besatzungskosten möglichst hoch erscheinen zu lassen. Wir müssen mit allem Nachdruck eine solche Behauptung zurückweisen. Um allen diesen Mißständen abzuhelfen, wurde die Reichsvermögensverwaltung weiter ausgebaut. Leider ist der Präsident aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden. In diesen Tagen hielten die Sozialisten in Frankfurt am Main eine Konferenz ab. Wir dürfen hoffen, daß alle Teilnehmer in ihren Ländern auf diese Mißstände hinwirken werden. Wenn wir mit diesen ungeheuren Summen in dem zerstörten Gebiet anhalten können, so wäre damit dem französischen Volke viel mehr geboten. (Beifall bei den Sozial.)

Schulz-Bromberg (DVP): Die Uebergriffe der Franzosen im besetzten Gebiet veranlassen die Reparationskommission Deutschlands von Tag zu Tag. Das Reichschatzministerium muß aufgegeben werden, denn auch der Aufgabenkreis der Industrieentwicklung rechtfertigt nicht eine besondere Behörde.

Dr. Ermer (DVP): Bei der Streichung dieses Ministeriums handelt es sich um den Anfang der Dr. Ermer'schen grundsätzlichen Reformvorarbeiten. Ein Teil der Besatzungstruppen des Reiches ist ein Lager an, wo die Besatzungstruppen des Reiches erhalten werden. Das Reich kann

nicht selbst produzieren. Schuster bleibt bei deinem Leisten! Unseren Widerstand gegen die neuen Getreidehandelsgesellschaften müssen wir aufrechterhalten, zum mindesten muß die Landwirtschaft ausreichend beteiligt werden.

Lang-Hegermann (Z): Die Aufzucht der angeblichen Mißstände bei den Kriegsgesellschaften fördert nicht den Wiederaufbau. (Widerpruch rechts.) Beim Abbau des Reichschatzministeriums muß die Vermögensverwaltung für die besetzten Gebiete dem Staatssekretariat für die besetzten Gebiete angegliedert werden.

Reichschatzminister Bauer: Das Reichschatzministerium hat für die Wünsche der Bevölkerung der besetzten Gebiete stets das größte Verständnis. Das Ministerium bemüht sich auch, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. Nach Möglichkeit sind Rheinländer zu Beamten ernannt worden, zunächst deswegen, weil die interaktierte Kommission Schwierigkeiten macht bei dem Versuch, Beamte aus dem unbesetzten Gebiet im Rheinland unterzubringen. Für die Förderung der Geschäfte sind die erforderlichen Mittel im Etat gefordert worden. Manche Gemeinden sind aber nur schwer zufriedenzustellen. Auch der Staatssekretär für die besetzten Gebiete könnte, wenn er die Verantwortung hätte, nicht alle Wünsche erfüllen. Wir müssen das Gesamtinteresse Deutschlands berücksichtigen und dann: es liegt nicht allein an: Wollen, sondern auch am Können. Baukosten sind nur schwer zu beschaffen und viel muß für Reparationszwecke geliefert werden. Es fehlt an gelerntem Arbeitskräfte. Nun noch einige andere Fragen: Ueber die Besetzungsmittel wird noch zu sprechen sein. Bezüglich der Gründung einer Arbeitergesellschaft haben nur Vorbesprechungen stattgefunden. Der Abgeordnete Schulz wies darauf hin, daß der Reichstag die Auflösung des Schatzministeriums beschlossen habe. Dieser Beschluß ist nicht nach eingehender Beratung gefaßt worden. Der Haushaltsausschuß hat anerkannt, daß die Auflösung bei der Ueberlastung der übrigen Ministerien nicht möglich sei. Die Ablehnung des deutschnationalen Antrags im Ausschuß hat ihre guten Gründe. Die Frage kann nicht übers Knie gebrochen werden. Das Reichschatzministerium verwalte übrigens ein Vermögen von 2 Milliarden Mark. Bei der Verwaltung des Schatzministeriums befinden sich noch 11 Kriegsgesellschaften in Liquidation. Die unliebsamen Erfahrungen sind den Kriegsgesellschaften gehören auf das Konto des alten Regimes. Die Art, wie damals die Kriegsgesellschaften aufgelöst wurden, war ein Skandal. In Verhinderung von Reichsgut ist unermesslich verdrängt worden. Wenn man die Geschäfte während des Krieges aufdecken wollte, würde der Unrat zum Himmel fliegen. (Sehr richtig! links.) Wir wollen und müssen die Schäden, die wir übernommen haben, heilen. Auf die Beamtenzahl des Schatzministeriums fällt auch nicht der Schatten eines Wortes der Korruption. Das ist bei der starken Verdrängung ein gutes Zeichen für den Geist der Beamtenzahl. (Zuruf rechts: Das ist der alte Geist!) Nicht den alten Geist, wohl aber diesen alten Geist hin ich bereit, aufrechtzuerhalten. Zum Falle Morvilius ist zu sagen, daß Morvilius jahrelang Angestellter der Seehandlung und anderer Firmen war, ohne daß ihm irgendwas vorgeworfen werden konnte. Dem Schatzministerium hat Morvilius die besten Zeugnisse vorweisen können. Morvilius hat seine Sachverständigenarbeit nicht durch Unehrlichkeit entehrt. Morvilius hat also ein Doppeltes geleistet. Der Sparamtskommissar mußte Schiffbruch erleiden, weil er keinen Einblick in die Verwaltung der einzelnen Ministerien haben konnte. Sparsamkeit kann nur der Finanzminister und der Reichstag erziehen. — Legnen Sie den Antrag auf Aufhebung des Schatzministeriums ab.

Gothein (DVP): Das Geld, das die Bekämpfung kostet, sollte den Kriegsschädigten in Frankreich zugute kommen. Die vortreffliche Rede des Abgeordneten Stücklen ist lobtenswert. Ja, denunziert durch die Agitationsrede des Abg. Schulz-Bromberg. Sie (zu dem Abg. Schulz-Bromberg) sind ein Feind des Deutschen (Abg. Schulz-Bromberg: Unerhört!) Ueberhaupt wurde niemand verfahren, als Sie es getan haben. (Abg. Schulz-Bromberg: Unerhört!) Wir wünschen eine Denkschrift über die Kosten der Behörden im besetzten Gebiet. Damit schließt die Aussprache.

Personlich bemerkt Abgeordneter Schulz-Bromberg (DVP): Der Abg. Gothein hat die Wirkung meiner Rede als vaterlandsfeindlich bezeichnet, weil ich die Rede des Abg. Stücklen als deutschnational bezeichnet habe. Das ist nur der Ausdruck des Argers darüber, daß unsere Grundtöne immer mehr Eigentum des deutschen Volkes werden. (Lebhaftes Hochrufen links.) Im übrigen erwarde ich von Herrn Gothein die Zurücknahme seiner beleidigenden Äußerungen. Gothein lehnt die Zurücknahme seiner Äußerungen ab. Schulz-Bromberg: Wenn Herr Gothein keine beleidigenden Äußerungen nicht zurücknimmt, so behauere ich, daß kein Verständnis auf einer so niedrigen Stufe steht.

Nächste Sitzung: Freitag, 2 Uhr. Anträge, Reichsmietengesetz. Abstimmung über die kommunizierende Resolution auf Rückgängigmachung der Auslieferung der Wölder Daten. Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

Dr. Hermes fordert eine endgültige Befreiung des Finanz- und des Reichsernährungsministeriums.

III. Berlin, 3. März.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat am gestrigen Donnerstag unmittelbar nach der Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Brüning mit diesem eine Unterredung, in der die schwebenden Steuerfragen eingehend erörtert wurden. — Wie die T.-L. hört, hat Dr. Hermes dem Reichskanzler auf die Notwendigkeit hinangedeutet, bei der wichtigen Aufgabe, die sowohl das Finanzministerium, als auch das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu erfüllen haben, doch eine endgültige Befreiung der beiden Minister vorzunehmen. Dr. Hermes hat diesen Standpunkt schon wiederholt vertreten. Er hat bei der letzten Kabinettsitzung auf Wunsch des Reichskanzlers die Verwaltung des Finanzministeriums mit übernommen, hat aber damals schon diese Lösung lediglich als eine provisorische betrachtet.

Die „Erziehung“ der Reichswehr.

Berlin, 2. März.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Haushalt des Reichswehrministeriums. Zunächst erfolgte die weitere Aussprache über die Berufsvorbereitung der Reichswehrsoldaten, zu der Schulrat Reich (DVP) ein eingehendes Referat gehalten hat. Danach sollte die Anordnung des Heeres durch noch zu schaffende Beamten in den Anfangsberufenen Kadetten-Unterrichtsanstalten für ihr späteres Berufsleben entsprechend ausgebildet werden. Es wird dabei nicht nur daran gedacht, Beamtenanwärter zu schaffen, sondern es soll nach Möglichkeit auch angestrebt werden, die Soldaten nach beendeter Dienstzeit in andere Berufe überzuführen. Die Aussprache drehte sich u. a. insbesondere darum, in welchem Verhältnis die Schulleiter zu den militärischen Kommando- und Lehrstellen stehen sollen. Von den Vertretern der weissen Parteien wurde zum Ausdruck gebracht, daß zwar eine enge Verbindung der Unterrichtsanstaltungen mit den militärischen Berufen unerlässlich sei, aber im Unterricht selbst eine weitgehende Selbstständigkeit angebracht werden müsse. Nur die Deutschnationalen waren für eine möglichst vollständige Unterordnung unter die Offiziersgewalt, wie sie auch von einem kaiserlichen Unterrichtsamt im republikanischen Geiste nichts wissen wollen; weil, wie von Gothein meinte, Deutschland „eine Reichswehr“ und keine Republikwehr“ habe. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Schaffung eines parlamentarischen Beirates ge-

fordert, der für dieses Unterrichts wesen beim Reichswehrminister eingerichtet werden soll. Die Deutschnationalen erblickten in dieser Forderung die Gefahr einer parlamentarischen Nebenregierung. Schließlich wurde aber eine Entschließung angenommen, die die Schaffung eines Beirates aus geeigneten Parlamentariern und Fachmännern vorsieht. Zum Schluß wurde die Frage der Soldatenberufsvorbereitung angeprochen. Genolle Hünlich wies aus dem Inhalt der „Deutschen Soldatenzeitung“ nach, daß die Tendenz dieses Blattes entschieden zu mißbilligen ist und es nicht angeht, daß diese Zeitung den Soldaten von den Truppenkommandeuren auf Veranlassung der Heeresleitung empfohlen oder gar öffentliche Mittel für ihren Bezug angewandt werden, wie es für die Soldatenheime und Lesestuben tatsächlich geschieht. Der Reichswehrminister erkannte die Beschwerde des Genossen Hünlich an und bemerkte, daß für die Schaffung einer eigenen Soldatenzeitung durch das Reichswehrministerium die Zeit noch nicht reif genug sei. Zu bemängeln wäre überhaupt, daß die Soldaten nur eine einzige Zeitung bekommen. Am besten wäre der Bezug von Blättern aller politischen Richtungen. Wenn heute in den Lesestuben der Soldaten oft nur rechtsgerichtete Zeitungen zu finden seien, läge das daran, daß diese Zeitungen den Soldatenheimen unentgeltlich zur Verfügung gestellt würden. Zur Befreiung der linksgerichteten Presseorgane fehle der Reichswehr das Geld. Auf Zusage, daß er dafür sorgen möge, daß überwiegen linksgerichtete Blätter auch von den Truppenkommandeuren ausgelegt würden, erklärte der Wehrminister ausdrücklich, dem entsprechen zu wollen. Die Beratungen wurden dann auf Freitag vertagt.

Eine amerikanische Automobilfabrik?

Hamburg, 2. März.

Der Berliner „Taa“ machte vor einigen Tagen eine aufsehenerregende Mitteilung über die geplante Niederlassung des amerikanischen Automobilfabrikanten und Milliardärs Ford in Hamburg. Er nannte diesen Plan „eine wirtschaftliche und nationale Gefahr“ und die Reichspresse im Reich übernahm diesen Alarmruf so ort. Nach den Meldungen des „Taa“ soll es sich darum handeln, daß Ford eine Automobilfabrik zu gründen beabsichtigt, die 40 000 Arbeiter beschäftigen soll. Wie der Hamburger Korrespondent des „Sozialdemokratischen Parlamentarismus“ hierzu erzählt, ist es richtig, daß vor ungefähr sechs Wochen durch einen Vertreter Fords versucht worden ist, in Hafenorten an der Wasserkante geeignetes Gelände zu erwerben, und daß auch Verhandlungen in Hamburg stattgefunden haben. Verhandlungen in Bremen, Wilhelmshafen und Alsterriegen führten zu keinem Erfolge, da geeignetes Gelände nicht vorhanden war. Die Verhandlungen in Hamburg sind nicht wieder aufgenommen worden, also über das Anfangsstadium nicht hinausgekommen. Die Arbeiterchaft hat kein Interesse daran, gegen den genannten Plan Stellung zu nehmen. Die Hamburger Arbeiterchaft und die Gewerkschaften stehen einem Unternehmen, wie es von Ford geplant wurde, inmpathisch gegenüber.

Der Getreidewucher.

Die maßlose Steigerung der Preise für Getreide am freien Markt hält weiter an, ohne daß auch nur das geringste geschehen wäre, um ihr zu steuern. Märkischer Weizen ist seit dem Durchschnitt des Monats August von 221 auf 610 Mark je 50 Kilogramm gestiegen, ebenso schnellste der Preis für Roggen von 174 auf über 460 Mk. hinaus. Die Meldungen aus der Provinz häufen sich, wonach jetzt Getreide der neuen Ernte zu Preisen, die noch weit über dem heutigen liegen, bereits jetzt verkauft wird. Wie allein in den letzten Monaten das Getreide teurer geworden ist, zeigt folgende Gegenüberstellung von Preisen der Berliner Produktionsbörse:

Es notierten je 50 Kg. ab Station:

	am 20. 12. 1921	am 21. 2. 1922	am 1. 3. 1922
Weizen, märk.	338	580	610—615
Roggen, märk.	276	442	461—468
Gerste	360	440	445—465
Oafer, märk.	274	415	415—425
Mais	270	392	399—402

Auch die Mehlpreise sind entsprechend gestiegen. So kosteten an den genannten Tagen je 100 Kilogramm:

Weizenmehl	860—980	1375—1510	1470—1570
Roggenmehl	660—720	1050—1160	1080—1190

Außer der Profittucht der Landwirte und Händler gibt es keine Gründe, die diese unsinnige Steigerung der Preise für Brotfrucht erklären könnten. Die Weltmarktpreise, die mit diesen Notierungen erreicht sein dürften, sind um so unberechtigter, als die deutsche Landwirtschaft ja auch keine Valutalöhne und keine Valutapreise für ihre künstlichen Düngemittel zu zahlen braucht. Die Forderung der Zwangswirtschaft, die gegen den Widerspruch unserer Genossen durchgesetzt worden ist, zeitigt jetzt die Folgen, die damals schon vorausgesagt wurden.

Man hätte annehmen sollen, daß die Regierung sozial Vorausicht zeigen würde, jetzt Auslandsgetreide einzukaufen, um, wenn die deutschen Preise weiter hinter den Weltmarktpreisen herjagen, mit dem billiger eingetauchten Auslandsgetreide auf den Markt drücken zu können. Die heimischen Händler und Algarier haben ja die Preise, die am Weltmarkt im Dezember hätten gezahlt werden müssen, bereits überboten. Inzwischen hat sich die Valuta verschlechtert, die Weltmarktpreise haben sich weiter erhöht. Wenn es aber guttrifft, was sich aus naheliegenden Gründen nur schwer nachprüfen läßt, daß die Händler jetzt schon an den doppelten Preis für Getreide aus der nächsten Ernte zahlen, so heißt das, daß die inländische Spekulation mit einer weiteren wahnwitzigen Preissteigerung rechnet und daß eine verantwortliche Regierung ihr entgegenzutreten muß.

Statt dessen sind Lebensmitteleinkäufe im Ausland gerade zu der Zeit, wo der Dollar innerhalb der letzten vier Monate noch am günstigsten stand, also im Dezember und Januar, so gut wie ganz unterblieben. Folgende Uebersicht des Statistischen Reichsamtes zeigt den katastrophalen Rückgang der Lebensmitteleinfuhr:

Es wurden eingeführt (in Doppelzentner):

	Roggen	Weizen	Mais	Schweinefleisch	Schweinefleisch	Sandwiche
21. Aug.	119 647	2 788 612	1 600 109	51 094	151 690	10 820 168
Sept.	200 698	2 629 145	1 452 165	50 815	142 584	10 540 008
Okt.	181 593	2 734 959	1 777 689	85 087	169 186	12 856 089
Nov.	255 153	1 919 317	1 142 509	80 073	68 877	9 475 027
Dez.	71 769	974 992	389 285	19 842	48 690	6 332 076
22. Jan.	25 583	833 816	498 056	10 340	55 784	

Der Reichsminister Hermes ist offenbar damit zu sehr beschäftigt, die Landwirtschaft zu fördern und sie vor Steuern

zu schätzen, um hier etwas unternehmen zu können. Den geringeren Lebensmitteln- und den springenden Kohlenpreisen aber folgen die gesamten Lebenshaltungskosten in einem Tempo, das für die breiten Massen unerträglich ist. Die Reaktionen gehen damit kreisend, daß die Republik dieses Elend verschuldet habe. In Wirklichkeit waren unsere Genossen bemüht, diese Zustände abzuwehren, als sie für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft und später für eine erhöhte Umlage eintraten. Die bürgerlichen Parteien waren es, die ebenso sehr die Preisentwicklung am Lebensmittelmittelmarkt wie die Schonung des Besitzes vor solchen Steuern, welche die Notenspreise wenigstens zeitweilig hätten stilllegen können, durchgesetzt haben. Noch läßt sich vieles retten, wenn wenigstens für die nächste Ernte eine erhöhte Umlage und damit die Sicherstellung der wichtigsten Nahrungsmittel zu erträglichen Preisen in Aussicht genommen wird.

Die Regierung aber hat sich bis jetzt noch nicht über ihre Stellung zu der täglich wachsenden Not des Volkes geäußert, dessen Sachwalterin sie sein will.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages wurde am Mittwoch bei der Einzelberatung des Landwirtschafts-etats ein denationaler Antrag auf Beseitigung der gesamten Zwangswirtschaft, auch in Brotgetreide, mit 16 gegen 13 Stimmen unter lebhaftem Beifall der sozialistischen Parteien abgelehnt. Vier Zentrumsabgeordnete stimmten mit den sozialistischen Parteien.

General v. Watter gegen den „Vorwärts“.

Gestern mittag wurde vor dem Schöffengericht in Moabit über die Beleidigungslage des Generalleutnants a. D. v. Watter gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Viktor Schiff, zum ersten Male verhandelt.

Im Anschluß an einen Bericht des „Vorwärts“ über den „Frontkämpfertag“ im Stadion hatte der General von Watter gegen die auf ihn angewandte Bezeichnung „Rechtsbolschewist“ protestiert. Sein Brief wurde unter der Ueberschrift: „Ist er dumme oder tut er nur so?“, Ende August 1921 im „Vorwärts“ abgedruckt, wobei unter Hinweis auf eine von der badischen Staatsregierung aufgedeckte Verschwörung in Karlsruhe und auf die höchst zweifelhafte Haltung Watters in den ersten Tagen des Rapp-Putsch als Reichswehrbrigadeführer in München eine Zurücknahme der Bezeichnung „Rechtsbolschewist“ abgelehnt wurde. Der Rechtsbeistand des Generals, Dr. Alsbach, forderte daraufhin den „Vorwärts“-Redakteur auf, diese Beleidigungen zurückzunehmen, was jedoch abgelehnt wurde. Eine entsprechende „Berichtigung“ Watters fand lediglich aus preßgesetzlichen Gründen Aufnahme.

In der gestrigen Verhandlung unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Hoffmann wurde von dem Angeklagten unter Ablehnung eines Vergleiches auf der Durchführung der Beweisaufnahme bestanden. Es handelte sich demnach zunächst um eine Beschränkung der Zahl der von beiden Parteien genannten Zeugen. Der Kläger v. Watter, der nicht anwesend und durch den R.-M. Besche vertreten war, hat namentlich eine ganze Anzahl von höheren Offizieren als Zeugen genannt, darunter General Rabich, Oberstleutnant v. Uruß, Major v. Lühow u. a., die seine Verfassungskritik während des Rapp-Putches bezug. die Harmlosigkeit jener Karlsruher Geheimnissitzung bezeugen sollen. Der Angeklagte, dem die Rechtsanwälte Dr. Horowitz-Berlin und Genosse Dr. Alwin Saenger-München zur Seite stehen, bestand u. a. auf Ladung des preussischen Ministers Genossen Severitz, der Landtagsabgeordneter Hulemann und Klupsch, des Reichstagsabgeordneten Otto Braß und weiter an den Vorgängen im Ruhrgebiet beteiligter Arbeiterführer, sowie ebenfalls des Majors a. D. v. Lühow.

Einige im Ruhrgebiet ansässige Zeugen werden kommissarisch vernommen werden, andere werden dagegen persönlich zur Hauptverhandlung erscheinen müssen. Der Termin wurde daraufhin verlagert.

Christentum der Tat.

Von Heinrich Ströbel.

In seinen ersten bescheidenen Anfängen war das Christentum eine überwiegend proletarische Sektenbewegung, die stark kommunistische Sentenzen predigte und hier und da auch praktische Gütergemeinschaft betätigte. Mit Recht werden in dem bekannten Sammelwerke „Die Vorläufer des Sozialismus“ in der Abgrenzung des modernen Sozialismus von Kautsky auch die urchristlichen Gemeinden aufgezählt. In seinem späteren umfangreichen Werke „Der Ursprung des Christentums“ führt Kautsky sogar eine lange Reihe von Stellen aus den Evangelien als Zeugnis dafür an, daß diesem kommunistisch gefärbten Urchristentum auch so etwas wie „Klassenhaß“ keineswegs fremd geblieben ist. In der Erzählung von Lazarus beispielsweise gelangt nur der Arme in Abrahams Schoß, während der Reiche der ewigen Pein verfällt, weil er im Leben sein Gutes abbekommen hat. Ganz die gleiche Auffassung findet sich in der Bergpredigt: Selig Ihr Armen, denn Euer ist das Königreich Gottes. ... Dagegen wehe Euch, Ihr Reichen, denn Ihr werdet hungern!

Aber dieser kommunistische Zug des Christentums verlor, je mehr dessen Anhängerzahl ihren vorwiegend proletarischen Einschlag verlor, je stärker sich die christlichen Gemeinden mit wohlhabenden und angesehenen Elementen durchsetzten, je mehr die christliche Auffassung und Lehre sich der Klassenschichtung und den realen Machtverhältnissen anpassen lernte. Dieser Wandel im Charakter des Christentums vollzog sich in demselben Maße, in dem aus den Laiengemeinden eine wohlgegliederte priesterliche Hierarchie erwuchs, die immer größeren Einfluß im Staate erlangte. Und als gar im vierten Jahrhundert das Christentum zum offiziellen Staatskult wurde, teilten sich die Bischöfe mit den Kaisern in die Macht. „Die siegreiche christliche Gemeinde war in allen Punkten das gerade Gegenteil jener Gemeinde, die von armen Fischern und Bauern Galliläas und Proletariern Jerusalems drei Jahrhunderte vorher begründet worden war. Der gekreuzigte Messias wurde die feste Stütze jener verkommenen infamen Gesellschaft, deren völlige Zertrümmerung die Messiasgemeinde von ihm erwartet hatte.“ (Kautsky.)

Und das offizielle Christentum in der Form der verschiedenen kirchlichen Organisationen blieb bis in die neueste Zeit hinein die Stütze der herrschenden Klassen und Verteidiger und Beschöniger der gesellschaftlichen Zustände, unter deren Ungerechtigkeit die Massen so schwer litten. Selbst die Revolution, die in mehreren Ländern Europas den alten Obrigkeitsstaat zertrümmerte und sogar das Fundament der

Klassenherrschaft, die kapitalistische Wirtschaftsordnung, ins Wanken brachte, hat die soziale Gesamtentwicklung unserer Kirchen noch nicht zu verändern vermocht. Trodem: das Christentum hat im geschichtlichen Verlauf ein so starkes Anpassungsvermögen bewiesen, daß es gebotenenfalls, wenn es die Zeitströmung bedingte, auch einen Anschluß an die sozialistischen Ideengänge finden würde. Ein solcher Wandlungsprozeß könnte sich dabei sehr wohl in den Formen eines sichtbaren inneren Ringens vollziehen. Geistige Umstellungen dieser Art erfolgen ja niemals als kühl berechneter plötzlicher Frontwechsel, sondern als psychologisch umständlich motivierte Weltanschauungsumbildungen.

Als Symptom dieser beginnenden Auseinandersetzung innerhalb des Katholizismus möchten wir auch die Schrift Robert Schwellenbach werten, die sich „Die Erneuerung des Abendlandes“ betitelt,*) in beabsichtigter Gegenfälschung zu dem bekannten Spengler'schen Buche. Schwellenbach ist zwar kein Geistlicher, sondern ein höherer Postbeamter, aber seine Schrift bewegt sich so völlig in spezifisch religiösen Gedankengängen, daß sie ohne weiteres der religiösen Literatur zugezählt werden könnte. Jedenfalls ist sie der interessanteste und beachtlichste Versuch eines mit den Zeitproblemen ringenden, gebildeten Katholiken, die überliefernten christlichen Anschauungen mit den politischen und sozialen Erfordernissen des Tages in Einklang zu bringen. Vermutlich spricht Schwellenbach nur aus, was viele andere denkende und ehrlich strebende Katholiken gleichfalls empfinden.

Schwellenbach wirbt beredt und warmherzig für seine Ueberzeugung, daß der Untergang des Abendlandes, der ihm aus Kriegswahnwitz, wirtschaftlicher und kultureller Verwüstung zu drohen scheint, am wirksamsten, ja allein durch eine Lebensführung im Geiste eines werktätigen Christentums abgewendet werden könne. Der Mensch als einzelner und als Gemeinschaftsmitglied soll sich am Vorbild des „Gottmenschen“ emporläutern: „denn im Gottmenschen ist menschliche Natur durch die göttliche verklärt und emporgerichtet, daß die Menschen ... von selbst notwendig immer mehr zum Siege der Gerechtigkeit beitragen, weil es ihnen immer weniger möglich wird, Mißbräuche wirtschaftlicher Güter und sonstige Ungerechtigkeiten auch nur zu dulden, geschweige denn zu verüben oder zu verurteilen.“ Die sittlichen Gebote des Christentums sollen in der religiös erneuerten Menschheit so lebenskräftig werden, daß Bergewaltigung, Uebervorteilung und Unterdrückung im sozialen Betriebe von selbst verschwinden. Um diese Kraft zu entfalten, soll das Christentum sich mehr als bisher um das Diesseits kümmern, denn: „eine Lebensauffassung, die lediglich auf ein jenseitiges Gottesreich ihre Hoffnung setzte, ohne zugleich auf einen irdischen Fortschritt im Sinne des christlichen Sittengesetzes bedacht zu sein, spräche dem Christentum geradezu Hohn.“

Schwellenbach kommt aus diesem Grunde auch zu starker Bejahung des pazifistischen Gedankens: „Wer sich einen Christen nennt, dabei aber den Weltfriedensgedanken verhöhnt oder verspottet, hat den Geist des Christentums auch im entferntesten noch nicht begriffen.“ Notwehr des einzelnen und des Volkes müsse zwar erlaubt sein, doch müßten sich auch ihre Voraussetzungen schließlich restlos beseitigen lassen. Denn wie das Verbrechen durch soziale Fürsorge und sittliche Erziehung ausgerottet werden könne, so müsse auch durch die Anwendung des christlichen Sittengesetzes auf das Völkerverhalten die Idee der Völkergemeinschaft zum Siege geführt werden.

Und noch ein anderes Bekenntnis legt Schwellenbach ab: „Wenn dem Geiste des Christentums wahrhaft Genüge geschehen soll, dann ist es die Aufgabe eines jeden Volkes, die Volkswirtschaft so zu gestalten, daß jeder Volkangehörige, sofern er das Sittengesetz beobachtet, sich um des Lebens Notdurft nicht zu kümmern braucht.“ Diese Annäherung an die sozialistische Auffassung erfolgt allerdings noch zögernd, unter mancherlei Hemmungen. Der kleinbürgerliche Eigentumsbegriff versperrt Schwellenbach noch den Blick in die gemeinschaftlich organisierte Zukunft. Das „Eigentum“ soll nach Möglichkeit unangetastet bleiben. Immerhin soll die Vernunft, d. h. die gesellschaftliche Erfahrung und Erkenntnis darüber entscheiden, „wie weit im übrigen der Begriff des Eigentums zu ziehen ist.“ Und es ist „Sache der Wirtschaft- und Rechtswissenschaften, zu ermitteln, unter welchen Bedingungen die Gütererzeugung am größten wird und der Umlauf und der Austausch von Gütern sich am besten vollziehen.“

Auch sonst macht Schwellenbach dem Geiste der mit Proletariatskämpfen ungestüm an die Pforten der Kultur pochenden Zeit das Zugeständnis, daß es gutes Menschenrecht sei, mehr zu erstreben, als nur die Befriedigung der Notdurft: „Und wenn dabei die Wünsche der Menschen immer höher werden, wenn sie an Festtagen auch das genießen möchten, was ihnen Jahreszeit, ihr Land ihnen nicht bieten kann, brauchen sie sich solche Wünsche zu versagen? Sehen nicht Handel und Verkehr mit den Fortschritten der Technik die Erdbewohner immer mehr in den Stand, jederzeit alle Erzeugnisse der einzelnen Länder gegeneinander auszutauschen und die Freiheit des Genießens immer weiter auszudehnen? Nicht minder auch den reinen Naturgenuß durch die fortschreitende Ueberbrückung der Schranken von Raum und Zeit bis zu ungeahnten, ja kaum zu begrenzenden Möglichkeiten? So steht das Christentum nirgends der Freiheit des Genießens eine Schranke, verdammt aber um so heftiger die zügellose Genußsucht einer Minderheit, die zum Schaden, zum Verderben der Mehrheit ihr eigenes Leben nicht genießen, sondern verprassen und vergeuden will.“

Leider zeigt Schwellenbach nicht auch die Mittel, die sein „Christentum der Tat“ zur Wirklichkeit werden lassen könnten. Mit wohlmeinenden Ermahnungen wird auch heute nicht mehr erreicht, als vor hundert oder vor tausend Jahren. „Die Gesellschaft mittels der Idee, von der gebildeten Klasse aus reformieren? Unmöglich! Unsere Zeit ist rein materiell.“ Einer der feinnerzigsten, sozialpsychologisch scharfsichtigsten Dichter, Georg Büchner, schrieb das schon vor mehr als achtzig Jahren. Ein „Christentum der Tat“ müßte also schon gleich dem Urchristentum wieder zum Sehnsuchtskinder und Willensvollstrecker der proletarischen Massen selbst werden! Fuhr doch auch Georg Büchner an der zitierten Stelle fort: „Und die große Klasse selbst? Für sie gibt es nur zwei Hebel: materielles Elend und religiöser Fanatismus. Jede Partei, welche diese Hebel anzusetzen versteht, wird siegen.“

Ob die katholische oder eine andere Kirche je den Fanatismus für die soziale Gerechtigkeit aufbringen wird, der den materiellen und seelischen Bedürfnissen der Massen ent-

spricht, wird die Zeit lehren. Inzwischen hat der Sozialismus selbst seine Forderungen und seine Weltanschauung mit einem Glauben und einer Glut zu vertreten begonnen, die ihm die Unwiderrstehlichkeit des religiösen Fanatismus sichert und das Christentum der Tat zur Wahrheit macht!

Volkswirtschaft.

Zu der beschlossenen Kohlenpreiserhöhung wird noch amtlich mitgeteilt: In der gemeinschaftlichen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates wurden im Anschluß an die schiedsgerichtliche für alle Bergbauvervierte festgelegten Lohnerhöhungen nach langen Verhandlungen wesentliche Erhöhungen der Brennstoffpreise beschlossen. Hierbei erwies sich als notwendig, nicht nur einen besonderen Ausgleich für die unverhältnismäßig starke Materialkostensteigerung der letzten Monate vorzusehen, sondern auch wegen des gesunkenen Geldwertes den in der Preiskalkulation enthaltenen Betrag für Abschreibungen zu erhöhen. Diese Erhöhung wurde von der überwiegenden Mehrheit der Versammlung zur ausreichenden Erneuerung und Modernisierung der Anlagen für erforderlich gehalten. Die Organe der Kohlenwirtschaft (Reichskohlenverband und großer Ausschuss des Reichskohlenrates) werden besonders verpfolgen, inwieweit die Erhöhung der Abschreibungssätze tatsächlich die angestrebte Wirkung der Erhaltung der Werte und der Steigerung ihrer Produktivität hat. Der im Kohlenpreis enthaltene Zuschlag für den Bau von Bergarbeiterheimstätten wurde verdoppelt. — Demnach ist eine Kontrolle über die Abschreibungen gewährleistet. Es wird nun Aufgabe der Organe der Reichskohlenwirtschaft sein, die Verwendung der für die technische Verbesserung der Anlage bewilligten Beträge (18 Mt. je Tonne) zu überwachen. Die Absicht der Reichsarznei, einen großen Zuschlag auf die Preise zur Werterneuerung zu erhalten, ist danach gescheitert.

Folgen der Kohlenpreiserhöhung. Der Roheisenausschuß des Eisenwirtschaftsbundes beschloß, die Verkaufspreise für sämtliches Roheisen einschließlich Temporroheisen mit Wirkung vom 1. März dieses Jahres um 765 Mt. pro Tonne zu erhöhen. Ferner wurde beschlossen, die Verkaufspreise für Ferro-Mangan 80proz. um 680 Mt. pro Tonne, Ferro-Mangan 50proz. um 795 Mt. pro Tonne und Ferro-Silizium 10proz. um 790 Mt. pro Tonne zu erhöhen. Die als Höchstpreise geltenden neuen Verkaufspreise, welche bis auf weiteres, mindestens aber bis zum 31. März d. Js. Geltung haben, stellen sich zum Beispiel für Hämatit auf 4744 Mt., für Gießerei-Roheisen I auf 4212 Mt., für Gießerei-Roheisen III auf 4186 Mt.

Dividendenblüten. Aus der großen Zahl der jetzt veröffentlichten Abschlüsse ragen trotz aller Veruche der Gesellschaften, ihre Gewinnausschüttungen möglichst unauffällig vorzunehmen, immer noch einige mit außerordentlich hohen Dividendenziffern hervor. Die Aktiengesellschaft für Berthelwesen bringt „nur“ 50 Prozent zur Ausschüttung, scheint aber jedem Aktionär eine Gratisaktie, deren Wert allein viele hundert Prozent beträgt. Die international syndizierte Spiegelglasindustrie kann mit noch größeren Gewinnergebnissen antworten. So schüttet die Glas- und Spiegelmanufaktur A.-G. in Gelfentischen-Schalle 80 Prozent aus gegenüber 70 Prozent im vorigen Jahre. Die nach ihren Angaben von großen Geschäftsschwierigkeiten heimgeschickte Rheinische Spiegelglasfabrik in Etamp bei Ratingen, die sogar mehrere Monate ihre Schmelzöfen stillliegen hatte und acht Monate lang eine sehr geringe Nachfrage verzeichnete, kann gleichwohl volle 100 Prozent ihren Aktionären zur Verfügung stellen. Die großen Gewinne werden damit begründet, daß günstige Verkäufe nach dem Auslande abgeschlossen werden konnten. Die Industrie scheint also recht hohe Ausfuhrabgaben vertragen zu können. Die Regierung sollte nicht zögern, diese zu erlassen, damit auch das Volksganze an den Aufschlaggewinnen Anteil nimmt.

Viehmärkte.

Rinder- und Schafmarkt.
Hamburg, 2. März.
Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird geschrieben: Es wurde gezahlt für 50 Rg. Lebendgewicht: I. Qualität Ochs u. und O u. n 1850—1475 Mt., II. Qualität 1200—1825 Mt., III. Qualität 950—1150 Mt., IV. Qualität 750—900 Mt. I. Qualität Bullen 1250—1850 Mt., II. Qualität 1100—1225 Mt., III. Qual. 900—1050 Mt., IV. Qualität 700—800 Mt. Vollfleischige und fette R u. b. bis 5 Jahr alt 1800—1400 Mt., ältere fette R u. b. 1050 bis 1250 Mt., mäßig genährte R u. b. 850—1000 Mt., gering genährte 500—600 Mt. I. Qualität St a l l m a t t i c h a f e 1200 bis 1800 Mt., II. Qualität 900—1000 Mt., III. Qualität 500—600 Mt., I. Qualität Weidemastschafe 1200—1800 Mt. Der Handel mit Rindern verlief bei reichlichem Angebot sehr ruhig; die Preise mußten in allen Qualitäten nachgeben. Mit Schafen war der Handel ruhig.

Devisen-Kurse.

Berlin, 2. März.
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	2. März.	1. März.	
Amsterdam	100 fl.	9190.80	8741.25
Bilssel (Antwerpen)	100 Frs.	2073.90	1993.—
Kristiania	100 Kr.	4225.75	3995.—
Kopenhagen	100 Kr.	5109.85	4870.10
Stockholm	100 Kr.	6355.60	6108.85
Helsingfors	100 Finn. Mk.	486.50	468.50
Rom	100 Lire	1278.70	1218.75
London	1 £	1060.40	1021.45
New York	1 Doll.	239.51	229.77
Paris	100 Frs.	2187.80	2112.95
Zürich	100 Frs.	465.30	4495.50
Madrid	100 Pesetas	3836.15	3636.80
Wien	100 K.	4.43	4.38
Budapest	100 K.	38.98	32.96
Prag	100 K.	408.05	390.60

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Tage	Std.
Angelommen am 2. März.							
D.	Bürgermeister	Lafrenz	Hammer	Burg			
D.	Anneliese	Zhiel	Swinemünde				

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Neulichen Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Industrie Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

*) Verlag der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Walter de Gruyter u. Co., Berlin und Leipzig.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 3. März.

Zur Neuwahl der Betriebsräte!

Auf Grund der Bekanntmachung des Volksgenossenschaftsrats der hiesigen Betriebsrätezentrale, werden die Neuwahlen für die Betriebsräte des Wirtschaftsgebietes Lübecks am 23. März d. J. vorgenommen.

Die Bestellung des Wahlvorstandes ist inzwischen erfolgt. In der Zeit bis zum 9. März haben die Belegkassen in Betriebsversammlungen die Aufstellung der Kandidaten vorzunehmen. Wir ersuchen alle Gewerkschafts-kollegen und Kolleginnen, bei der Aufstellung der Kandidaten die unbedingt nötige Vorsicht walten zu lassen.

Nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer sind für die Wahl der Betriebsräte aufzustellen. Weiterhin ist notwendig, daß sich die Belegkassen vergewissern, daß die eventl. als Betriebsräte in Frage kommenden Kollegen gewillt sind, nach den Grundsätzen und Weisungen ihrer Spitzenorganisationen und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu arbeiten. Wenn es auch wünschenswert ist, bei der Neuwahl der Betriebsräte möglichst einheitlich in der Arbeitnehmerenschaft vorzugehen, so müssen doch vorstehende Grundsätze unter allen Umständen Berücksichtigung finden.

Arbeiter! Angestellte! Wir gehen außerordentlich schweren politischen, wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen und arbeitsrechtlichen Kämpfen entgegen. Ein wesentlicher Teil dieser Kämpfe wird sich in den einzelnen Betrieben zwischen den Betriebsvertretungen der Arbeiter und Angestellten gegenüber den Werksleitungen abspielen. Darum erachten wir es für unbedingt notwendig, bei den kommenden Betriebsrätewahlen alles aufzubieten, um den freigewerkschaftlichen Listen zum Siege zu verhelfen, die den obengestellten Anforderungen genügen. Bei der Auswahl der Betriebsräte muß Eignung und gewerkschaftliche Erfahrung in erster Linie Berücksichtigung finden. Weiterhin ist unbedingt notwendig, daß die in Frage kommenden aufgestellten Kandidaten eine Gewähr dafür bieten, daß Theorie und Praxis bei ihnen sich nicht wie Tag und Nacht gegenüberstehen.

In Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten, aber mindestens 5 Wahlberechtigten wird ein Betriebsobmann gewählt, hierbei beträgt die Frist zur Ausschreibung der Wahl nur 8 Tage. An Stelle des Wahlvorstandes tritt der Wahlleiter. Da der Wahltag der 23. März ist, so ist das Wahlschreiben spätestens am 16. März auszuhängen.

Diejenigen Betriebe, die aus irgendwelchen Gründen es unterlassen, eine Betriebsvertretung zu wählen, begeben sich nicht nur aller arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen, sondern sie schädigen durch ihre Laune und durch ihre Gleichgültigkeit die allgemeinen Interessen der organisierten Arbeitnehmerchaft aufs Schwerste.

Wir fordern weiter auf, mit aller Energie dahin zu wirken, daß gemeinsame Listen der Arbeiter und Angestellten dort, wo es irgendwie möglich ist, aufgestellt werden.

Kollegen und Kolleginnen, an die Arbeit!

Schafft Aufklärung! Mittel! Mittel! Mittel!

Niemand darf durch persönliche Mißgunst dieser Art Schaden erleiden, indem er die Gesamtinteressen der Arbeitnehmerchaft durch seine Gleichgültigkeit schädigt.

Wählt nur die fähigsten und zuverlässigsten Kollegen und Kolleginnen zu den gesetzlichen Betriebsvertretungen.

Der Volksgenossenschaftsrat

der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für das Wirtschaftsgebiet Lübeck.

Was kostet heute das Bauen?

In den Mitteilungen des Deutschen Städtetages werden die Antworten auf eine Rundfrage veröffentlicht, deren Gegenstand der Herstellungspreis eines Kubikmeters umbauten Raumes war. Leider ist aus ihnen nicht zu ersehen, für welchen Zeitpunkt die Berichtszahlen gelten, indessen mag schon die Gelegenheit willkommen sein, die verschiedenen Angaben aus den einzelnen Gegenden Deutschlands zu vergleichen, zumal diese recht vielseitig gefaßt sind. Wir finden Baukosten von massiven, Fachwerk, Lehm- und Holzhäusern, und zwar besonders für freistehende und Reihenhäuser, für Groß-, Mittel- und Kleinhäuser. Die Verhältnisse bei den zuletzt genannten zu kennen, dürfte heute für viele Baukünstler am wichtigsten sein. Hierüber ist folgendes zu sagen: Die billigsten massiven Kleinhäuser baute München mit 150 bis 180 Mk. für den Raummeter, dann folgen Augsburg und Hamburg mit 190 Mk., Kiel mit 190 bis 200 Mk., Bremen mit 200, Mainz mit 207, Chemnitz mit 210, Dresden mit 210 bis 230, Hamburg mit 210 bis 260, Kassel mit 220, Bochum und Karlsruhe mit 225, Berlin und Erfurt mit 230, Lübeck mit 234, Breslau mit 240 bis 250, Dortmund und Essen mit 250, in Mannheim zahlte man 250 bis 260 Mk., in Mülheim an der Ruhr 265 Mk. und den höchsten Preis von 280 Mk. in Saarbrücken. Massiv Reihenhäuser stellen sich im allgemeinen um 5 bis 20 Mark billiger als Einzelhäuser. Die geringsten Kosten verzeichnete in Braunschweig mit 160 bis 170 Mk. für den Raummeter. Einen merkwürdig hohen Preis zahlte dagegen Frankfurt a. M. mit 300 Mk. Diese beiden Städte haben keine Angaben über Einzelhausbauten gemacht. Zu ihnen gesellen sich noch folgende, die nur Ziffern für Reihenhäuser anführen: Halle 180 Mark, Hannover 200 Mk., Leipzig 220 bis 230 Mk., Gelsenkirchen und Steinfurt 225 Mk., Nürnberg 225 bis 230 Mk., Düsseldorf 250 Mark. Die Kosten für Fachwerkhäuser liegen außer in Lübeck unter den Kosten für massive Ausführung. Bei Lehmhäusern ergeben sich zum Teil bedeutende Unterschiede zugunsten dieser Bauweise, in Hamburg und Hannover z. B. Minderbeträge von 65 Mark, in Kassel nur 35 Mk., in Lübeck von 20 bis 25 Mk. und in Berlin von 20 Mk. Preise für Holzhäuser sind ganz vereinzelt angegeben worden. In Quaschuba überschreitet er den Maßstabpreis um 30 Mk., in Berlin, Quaschuba und Mülheim a. d. Ruhr blieb er darunter. Knapp daneben sind die Preise für Baumaterial angegeben. Ein Vergleich zwischen den Kosten von Groß-, Mittel- und Kleinhäusern in derselben Ausführung läßt in den meisten Städten das Großhaus als das billigste erscheinen, das Kleinhäuser als das teuerste. In Berlin ist in massiver Ausführung das Mittelhaus das billigste, in Chemnitz das Kleinhäuser billiger als das Mittelhaus und dieses wiederum billiger als das Großhaus. Natürlich handelt es sich bei diesen Angaben um die reinen Baukosten. Grunderwerb, Straßenaufkosten usw. sind dabei nicht berücksichtigt.

Erklärung des 1. Mai 1922 zum gesetzlichen Feiertag.

Einem gemeinsamen Antrage des Sozialdemokratischen Vereins zu Lübeck, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Lübeck, und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Ortsausschuß Lübeck, folgend, stellt der Senat zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft, daß der 1. Mai 1922 zum gesetzlichen Feiertag erklärt werde.

Die Versammlung der Bürgererschaft am Montag hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Nachtrag zum Gesetz, betreffend die Hundsteuer. 2. Automobilsteuer der Feuerwehr. 3. Erklärung des 1. Mai 1922 zum gesetzlichen Feiertag. 4. Änderung der Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmanuel. 5. Ermächtigung der Finanzbehörde zur Ausübung des Wiederkaufsrechts. 6. Verkauf eines Baulandes an der Schönfelder Straße an das Hellomerk. 7. Herstellung eines Anschlußkanals für die Zubehörröhre. 8. Abänderung des Bebauungsplanes für Travemünde. 9. Erweiterung der Siedlung Brandenbaum, sowie Anlage einer neuen Siedlung und Dauerlehnartenanlage auf dem Gelände des Gutes Strednik. 10. Antrag für das Deutsche Auslandsinstitut zu Stuttgart. 11. Erhöhung der Vergütung für den Senior des Ministeriums. 12. Nachtrag zum Gewerbesteuergesetz. (2. Lesung). 13. Erlaß einer Wahlordnung zum Ruhelohngesetz.

Herr von Driesch, der wieder nach Grünheide zog, wurde ein sehr glücklicher Mann; er fand endlich einen Verleger für seine Gedichte, der sie mit sehr kleinen Lettern, die erst einige Jahrzehnte hindurch zu einem Intelligenzblatt benutzt waren, auf Festschreibpapier druckte; in dem Wöchentlichen Nachrichten erschien eine Rezension darüber, die sehr schmeichelt und erfreulich für ihn lautete und nur das Verdrüßliche hatte, daß ein Druckfehler seinen Namen immer in Driesch entstellte — Johannes, dem er sie diktiert hatte, schrieb so jämmerlich. Eines Morgens erhielt er sogar ein Schreiben mit einem mächtig großen Siegel, das die heilige Jungfrau und den Kaiser Carolus Magnus zusammen auf einem Stuhle sitzend darstellte, was sehr höchst feierlich ausnahm — und als er es öffnete, war es sehr lang, fing mit dem Altertume an, ging durch die Zeiten der Völkerwanderung bis in das Mittelalter, wo es bei dem weisland unüberwindlichen Kaiser und Herrn, Herrn Carolus, dieses Namens des Fünften, sich des weiteren ausbreitete, damit des Sauerbrunnens Gedichte in unmittelbare Berührung brachte und endlich schloß:

So erkläre ich:
Johann Andreas Segner, I. V. D. und Professor,
der Zeit Protector erwehnter Universität und Comes palatinus,
aus habender Macht und Gewalt, in Kraft dieses offenen
Briefes und durch beigelagten Lorbeer-Kranz,
den des heiligen römischen Reichs Hochwohlgeborenen Freiherrn
von Driesch usw., usw., usw.,
zum gekrönten Poeten; als eine Reihung, eine schöne Gaben
ferner zur Ehre Gottes und Ausbreitung der Liebe zur Tugend
anzuwenden. Urkundlich ist dieses mit dem anhängenden Siegel
der Universität und mit meiner eigenhändigen Namensunter-
schrift bekräftigt worden.
So geschehen in N. den 28. May 1746.

darunter stand klar und schön ausgedrückt das Siegel, wo wieder der große Kaiser Carolus Magnus mit der heiligen Jungfrau auf einem Stuhle saß; und der Lorbeerkranz lag zierlich geflochten in einem Wafel dabei. Wenn dies Schreiben beabsichtigte, Herrn von Driesch eine Freude zu machen, so erreichte es seinen Zweck vollständig. Er drückte den Lorbeer auf das Haupt, keine Krille auf die Nase, sah in den Spiegel, hob die Arme in die Höhe und rief mit Horaz:
Re doctum ederae praemia frontium
Dis miscuit superis!
Und nun ein Lorbeer sogar! „Heda, Anton, den falben Frik gefattet!“ Er rannte zum Zimmer hinaus, setzte sich auf den Boden und ritt mit bloßem Haupte, das nur der Lorbeer umfing, spornstreichs nach Dieperdahl hinüber.

für die Lübedischen Staats- und Gemeinbearbeiter vom 23. November 1921. 14. Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Erhebung eines Beitrages zu den Kosten des Feuerlöschwesens. 15. Nachbewilligung für die Friedhofsbehörde. 16. Erhöhung der Befattungsgehälter. 17. Altersunterstützung an die frühere Leiterin der 1. Haushaltungsschule, Fräulein Pauline Froh. 18. Weitergewährung der Unterstützung an die Tochter des verstorbenen Schulwärters Jarms. 19. Unterstützung der Witwe des früheren Zollamtsdieners Lindloff. 20. Zuschuß zur Besoldung der Angestellten der vom Staate unterstützten Privatanstalten. 21. Besoldung der Studienassessoren, der Hilfslehrer und der Hilfslehrerinnen. 22. Staatsbeihilfe für die katholische Gemeindekasse für das Rechnungsjahr 1922. 23. Staatsbeihilfe für die von Großheimische Privatrealsschule für das Rechnungsjahr 1922. 24. Staatsbeihilfe für die Jenische Freischule für das Rechnungsjahr 1922. 25. Uebernahme des Fehlbetrages der kaufmännischen Fortbildungsschule für das Schuljahr 1920/21 auf die Staatskasse. II. Antrag von Ambrosius: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die Betriebsbehörde anzuweisen, eine Beleuchtung der Straßen — wenn auch wegen der herrschenden Kassenknappheit in beschränktem Maße — unverzüglich in die Wege zu leiten. — III. Antrag von Frau Zimmermann: Die Bürgererschaft ersucht den Senat sofort bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß gegen das verbrecherische Treiben verschiedener Händler, die das Brotgetreide der kommenden Ernte zu Wucherpreisen bis 2200 Mk. und mehr per Doppelzentner aufkaufen, unternommen werden und ihrer Mitteln vorgegangen wird. — IV. Antrag von Nidel: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, durch den Lübedischen Gesandten in Berlin bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und diese zu veranlassen: 1. daß alle Eisenbahnbeamte und Arbeiter, die wegen ihrer Beteiligung am Eisenbahnstreik gemahregelt worden sind, unverzüglich wieder in den Dienst eingestellt und ihrer Rechte teilhaftig werden. 2. daß keine weiteren Maßnahmen vorgenommen werden. 3. daß alle Strafverfahren, die auf Grund des Antikreisgesetzes des Reichspräsidenten eingeleitet worden sind, sofort eingestellt und keine weiteren eröffnet werden. — V. Antrag von Hefti: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, baldmöglichst die bestehenden Gesetze betreffs neuer Baufluchtlinien einer gründlichen Revision unterziehen zu wollen und der Bürgererschaft in aller nächster Zeit eine neue, dem Staat und den Anwohnern solcher Straßen gerecht werdende Vorlage entgegenzubringen. — VI. Antrag von Frau Zimmermann: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, das Wohlfahrtsamt zu veranlassen, die Zustellung der für die Mindestmittel bestimmten und vor ihnen bereits im Oktober/November 1921 bezahlten Feuerungsmittel umgehend erfolgen zu lassen.

Hoharbeiterverband.

Nach dem Jahresbericht für das verfloßene Jahr wurden folgende Lohnbewegungen geführt:

Branchen:	Stark	Sohn	Stärke	Stundenlohn		Projekt		Wohlfahrt	Wohlfahrt			
				1921	1922	1921	1922					
Züchlerbetriebe	9	4	528	24	5,55	4,25	11,55	7,80	103	80	46	64
Stellmacher	5	9	5	5,75	12	25	108	108	48	7	48	7
Korbmacher	3	17	6	4,95	4,00	10,00	6,00	101	50	47	6	6
Wurstenfabrik	3	68	72	6,84	3,26	18,21	6,60	89	101	46	1	1
Werften	2	119	7	7,10	12	02	69	69	48	3	48	3
Rastabie	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Steinleger	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Strassenbahn	1	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Fischindustrie	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hochfenster	1	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Duffe & Bipp	1	8	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ueber die letzten 6 Branchen konnten Ermittlungen nicht gemacht werden, weil jegliche Unterlagen fehlen. Die Agitation mußte im Jahre 1921 sich auf die Kleinarbeit beschränken. Durch emsige Arbeit unserer Betriebsräte und Vertrauensmänner ist diese in den Betrieben, Werftstätten und Arbeitsplätzen rege betrieben worden. Die große Agitation mußte wegen des Umfangs der Lohnbewegungen zurückgestellt werden. Die Hauptkasse ba-

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schückin.

Katharina nahm das Wort und teilte dem Leutnant St. Bond diese Gegenstände mit. Als sie schwieg, zog er zwei Schlüssel hervor und überreichte sie Herrn von Kramed dem jüngeren.

„Sie werden in meiner Wohnung in N. in meinem Sekretär das finden, was ich bereitwillig dem Freiherrn von Schemmen überlasse. Eine kleine Geldsumme und meine übrigen Possibilitäten dort bitte ich Sie in Verwahrung zu nehmen, bis ich darüber verfüge. Ich werde zu meinem Regimente zurückkehren, zeichne um einen froh verlebten Winter und, letzte er mit einem Bild auf Katharina hinzu, um eine bittere Erfahrung. Leben Sie wohl! — Sie, Herr Kammerherr, werden mit einem freundlichen Händedruck zum Abschied nicht verlagern. Sprechen Sie glimpflich in der Residenz von mir, hören Sie! An Fräulein von Ratterbach werde ich schreiben.“ Er machte eine kurze Verbeugung, schob den Wirt zur Seite und schritt zur Tür hinaus.

„Nun, Stallmeister Peter“, sagte er, als er auf dem Hofe stand, den Pferden die Stange nur wieder ins Maul! Mit der Stallmeisterschaft ist's zu Ende und mit der Reichsfreiherrnschaft auch! Der Teufel hole den Leichnam! Aber es war doch ein lustiger Streich! Jetzt wird's darauf antommen, daß wir uns beim Oberst in Gnaden lügen und nicht als Deserteur behandelt werden. Aufgelesen!“

Wir stehen am Ende unsrer Erzählung, das sich in wenige Worte fassen läßt. Als Bernhard im Besitz der urkundlichen Zeugnisse für seine Abstammung war, fand der Hofrat Freiherr von Ratterbach es für geraten, ihm ohne große Weiterungen seine Güter zu räumen und sich auf eine kleine Besorgung, die Eigentum seiner Familie war, zurückzugeben. Hier stiftete er mit einem Müller aus der Nachbarschaft und einem invaliden Feldchirurges einen Verein gegen die Mäßigkeit, dessen Tendenz er mit aller Hartnäckigkeit seines Charakters ins Leben führte, bis sie ihn endlich selbst hinausführte, was Herr von Driesch größer ausdrückte: „Er habe sich totgeschossen.“ Auf jener seinen Besorgung aber hausten noch lange Jahre nachher Philipp und Josine, ein Muster eines guten Ehepaares, täglich in Jam und Streit und doch nicht imstande, länger als einen Tag voneinander getrennt zu leben.

In dem Hause war alles verändert; die Unordnung war von Eleganz, Geschmack und Reichtum verdrängt, die wüste innere Zerfallenheit der früheren Familie war einem wahrhaft züchtenden Glücke zweier edlen und neidenswerten Menschen gewichen, die zusammen den lebenden Beweis bilden zu wollen schien, daß bei tieferer Naturen die Ehe ein noch unendlich seligeres Verhältnis bildet als die Liebe.

Der Freiherr von Schemmen saß in einem Bücherzimmer, wo auch jener kleine Elzvir stand, den er als Geschenk des Herrn von Driesch bei seinem Abzuge von Bechenburg erhalten hatte; im Nebenzimmer war Katharina beschäftigt, mit einem aus Weiden geflochtenen Gehäuse ein unangenehmes, hin und her stoßendes Geräusch zu machen, das nur einen guten Schumann nicht aus der Ruhe bringt, als der gekrönte Poet, das umlorbeerte Haupt zur Tür hineinstreckte und, dann in angeregter Erscheinung vor ihnen auftauchend, in vollen Zügen das Entzücken trank, das ihre unmäßige Bewunderung über seinen Schmutz ihm bereitete. Er kam den ganzen Tag nicht aus dem Lachen und als er gegen Abend den falben Frik wieder befeigen wollte, um sich auf den Heimweg zu machen, fiel er in der Aufgeregtheit seines unbändigen Vergnügens an der andern Seite des Sattels wieder hinunter, was für einen kaiserlichen gekrönten Poeten gewiß ein niedrdrückendes Ereignis war und auch nicht verfehlt hätte, Herrn von Driesch gegen den falben Frik und den Sattel und Anton, der ihn aufgelegt, und den Sattlermeister, der ihn aus Leder zusammengegeräht hatte, in einen unmäßigen Zorn zu bringen, hätte nicht Bernhard die besänftigende Bemerkung gemacht, man sehe, daß der falbe Frik nicht der Wegsart sei.

Und Mararet? Ich habe nicht erfahren können, wie dieses wunderliche Gemisch von Verschlagenheit und Geisteswirre das Ende ihrer Tage zubrachte; nur das weiß ich, daß sie auf demselben Kirchhofe begraben liegt, neben demselben Holunderstrauch, der die Ruhstätte des alten Wirtes beschattete, und daß sie ein Kalen das unschuldvolle und kindliche Herz, das sie geschlagert, und die verwegene Krust, in der sie eine verruchte, unselbige Leidenschaft gewütet, bebedt.

Leue war nicht zu bewegen, von dem Reichsfreiherrn von Schemmen die Wohlthaten anzunehmen, mit denen dieser sie überschütten wollte. Ein Handwerker, der große Neigung für sie gefaßt hatte, war so glücklich, ihr Antwort zu erhalten; einige Tage vor der Heirat aber verlor sie sich stürmisch, in ein Kloster aufgenommen zu werden, und Katharinas Einfluß verschaffte ihr den Eintritt in ein Ordenshaus, wo sie ruhig und zufrieden noch in den neunziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts als Subpriorin lebte.

lanziert mit Einnahme und Ausgabe von 203 191 M. Für Arbeitslohn wurden 16 054 M. und für 5797 M. ausgegeben. Die Lokalfolge hatte eine Einnahme von 111 406 M. Die Streifenunterstützung betrug 81 761 M. Es verbleibt ein Kassensbestand von 41 075 M. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 877. Davon sind 86 weibliche und 7 jugendliche Mitglieder.

Schiedspruch für die Geschichtswerken.

Der in Hamburg gefällte Schiedspruch für die Geschichtswerken lautet: Zu dem Zustand, der durch den Schiedspruch vom 29. 11. 1921 geschaffen worden ist, treten in allen Lohnquellen einschließlich der sozialen Zulage mit Wirkung für den Monat März 20 Prozent Zulage. — Für den Monat April bedarf es der weiteren Verhandlung zwischen den Parteien. Die anwesenden Vertreter der Werkstoffe haben beschlossen, den Schiedspruch der Arbeiterschaft zur Annahme zu empfehlen. Die Erklärung über Annahme oder Ablehnung hat durch die Parteien bis zum 8. März zu erfolgen. — Ueber diesen Schiedspruch wird in allen Werkstoffen am Sonnabend, 4. März, eine Urabstimmung der Werkarbeiter stattfinden. — Der Schiedspruch bedeutet gegenüber dem Angebot der Arbeitgeber eine bedeutende Verbesserung. Statt 50 Wg. Lohnerhöhung steht der Spruch 1,40 bis 1,60 M. pro Stunde vor. Des weiteren erhalten nach diesem Schiedspruch auch sämtliche Arbeiter unter 20 Jahren der selben prozentualen Zuschlag, während sie nach dem Angebot der Werkstoffe nichts erhalten sollten. Die Gesamteinsparung des Schiedspruches beträgt für volljährige Arbeiter 2,24 bis 2,56 M. pro Stunde.

Arbeiter-Jugendvereine.

An die Vorstände der Ortsvereine!

Der Bezirksvorstand der Arbeiter-Jugendvereine Mecklenburg-Lübeck beruft zum 19. März d. J., morgens 8 Uhr im Schützenhaus zu Malchin die diesjährige Bezirks-Konferenz ein, mit folgender Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenericht.
2. Einrichtung einer Einkaufszentrale.
3. Anträge.
4. Wahl des Bezirks-Vorstandes.
5. Verschiedenes.
6. Vortrag: „Unsere Bewegung im Reich“. Referat Gen. Aug. Albrecht, Berlin.

Sämtliche Ortsvereine müssen Vertreter senden, auch die Orte, in denen noch kein Arbeiter-Jugendverein sich befindet und einen Verein gründen wollen, denn hier ist die beste Gelegenheit, sich über Jugendfragen zu orientieren.

Gründet überall Arbeiter-Jugend-Vereine!

Ueber alle Jugendfragen erteilt bereitwilligst Auskunft:

Der Bezirksvorstand der Arbeiter-Jugendvereine für Mecklenburg-Lübeck.

J. A. Carl Leh, Lübeck, Königstr. 45 im Flügel.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter! Ueber die Firma Paul Grams & Komp., Konradenfabrik, Radenburger Allee 51, ist wegen Nichtanerkennung des Tariflohnes die Sperre verhängt. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten. Deutscher Banarbeiter-Verband, Der Vorstand.

Die „Abwanderung“ zur vierten Wagenklasse auf der Eisenbahn. In der „Beamten-Korrespondenz“ lesen wir: „Mit dem Sinken des Geldwertes steigen die Preise, und so haben wir uns daran gewöhnt, daß von Zeit zu Zeit auch die Eisenbahntarife erhöht werden. Eine unvermeidliche Folge von Fahrpreiserhöhungen ist die Abwanderung in billigere Wagenklassen. Weite Kreise der Bevölkerung benutzen heute die vierte Wagenklasse, die sonst in der dritten oder zweiten Klasse führen. Der Verkehr in der vierten Klasse ist heute der weitaus größte bei den deutschen Reichsbahnen. Gleichzeitig findet aber auch noch eine andere „Abwanderung“ statt, und zwar ersichtlichweise von der zweiten zur ersten Wagenklasse. Es scheint manchmal, als ob sich der gesamte deutsche Reiseverkehr auf die erste und vierte Wagenklasse beschränken würde. Einem Teile des Volkes kann es nicht genug kosten, es sich bequem und teuer auf Sammetpolstern, die andern preisen sich „in drangvoll fürchterlicher Enge“ auf harten Holzstühlen zusammen! Schlemmer und Darbende, das Bild unserer Zeit!“ Diejem Urteil brauchen wir nichts hinzuzufügen.

Von der Schifffahrt. Die Lanenburg-Dampfschiffe nehmen am Sonnabend, 4. März, den bis dahin eifrigsten eingestellten Personen- und Güterverkehr wieder auf. — Bolter Beitzler der Elbeschifffahrt. Aus Hamburg wird gemeldet: Die Elbeschifffahrtsgesellschaften sind nun in der Lage, den Betrieb wieder in vollem Umfang aufzunehmen. Die ersten Abfertigungen ab Hamburg werden heute, Freitag, beginnen. Schiffsraum steht in Hamburg ausreichend zur Verfügung. Hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, die Eisenbahn, die noch immer mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, weitgehend zu entlasten. — Ueber den Verkauf der abgefertigten deutschen Schiffe, soweit sie England zugeführt waren, hat Lord Inchcape an die Reparationskommission nach einem Bericht aus London eine Uebersicht gegeben. In der Zeit vom September 1920 bis Januar 1922 wurden 418 Schiffe, 94 Passagier- und 324 Frachtdampfer, mit einem Raumbau von 2 530 016 Tons zum Verkauf gebracht. Der Erlös belief sich auf insgesamt 20 078 216 Pfund Sterling. Der Lord erwähnte weiter auch den Verkauf von neun zum größten Teile kleinen Schiffen im Mai vorigen Jahres an deutsche Abnehmer. Die Gesamttonnage dieser Schiffe belief sich auf 23 914 Tons.

Neue D-Jüge Berlin-Hamburg. Neue D-Jüge zwischen Berlin und Hamburg bei der Eisenbahndirektion Altona im Sommerfahrplan zum 1. Juni vorgegeben. Von den beiden Jügen geht der eine von Berlin 3 Uhr nachm. und kommt nach Hamburg 7:30 Uhr nachm. Der Gegenzug geht von Hamburg 6:48 Uhr nachm. und ist in Berlin 11:13 Uhr nachm. Der Zug hält in Wittenberge, Ludwigsfelde, Hagenow-Land und Buxtehude. Die Jüge führen alle drei Klassen.

Auflösung der General-Versammlung e. G. m. b. H. In einer frühmorgens Versammlung am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus wurde die Liquidation der General-Versammlung beschlossen. 70 Genossen stimmten dafür, die Opposition sprachte es nur auf 147 Stimmen. Ueber die Liquidation, die erst gegen 11½ Uhr ihr Ende erreichte, wird morgen noch einiges zu sagen sein.

Amerikanischer Stachelbeerweizen. Der amerikanische Stachelbeerweizen hat in den letzten Jahren die Erträge der Stachelbeerweizen fast verdoppelt. Während dazu, wenn die Frucht im Sommer reift, nichts mehr dagegen zu machen ist, hat eine jetzt vorgenommene Beobachtung viel mehr Aussicht auf Erfolg. Zunächst könnte man alle nicht ausgereiften und im Reife Stadium befindlichen Stachelbeeren pflanzlich aus. Diese ausgepflanzten Zweige werden verbrannt werden. Dann sollte man die Pflanzen möglichst bald und bevor sie zu reifen beginnen, mit einer Schwefelbehandlung (400 Gr. Schwefel pro 100 Liter Wasser) oder noch besser mit einer Mischung des von der Fa. Nordwerke vorm. Beyer u. Co., Leverkusen, hergestellten Calthra. Die Gewinne für Pflanzenschutz, Lübeck, Museum am Dom (S. 92) sind Begünstigten nach und erteilt weitere Anweisung.

Kollekte. Im Februar wurden 1301 Portionen ausgegeben, im März 1300 Portionen. Derzeit wurden 275 Portionen Kassenbesitzer, 216 Kinderportionen und 402 Tassen Besessenen verteilt.

s. Travemünde. Bautätigkeit. In Travemünde ist die Bautätigkeit wieder erwacht. Die Wohnungsnot hat auch hier einen solchen Umfang angenommen, daß ihr durch den Einbau von Notwohnungen nicht abgeholfen werden kann. Es sind verschiedene Notwohnungen eingebaut, u. a. auch in den Sommerhäusern. Von der Zahlung von Ablösungsbeiträgen haben die meisten Willensbesitzer Gebrauch gemacht. So fanden Extrazuschüsse für die Baufertigen zur Verfügung. Infolgedessen war die Bautätigkeit im letzten Jahre sehr reger. Es sind neu gebaut worden: In der Fehlingstraße: Ein Wohnhaus mit 2 Vierzimmerwohnungen und 4 Einfamilienhäuser. In der Rose: 2 Einfamilienhäuser, ein drittes befindet sich noch im Bau. Am Teutendorfer Weg: 3 Einfamilienhäuser und 4 Häuser mit je 2 Wohnungen. Ferner ist in der Rurgartenstraße ein größeres Stallgebäude zu einem Wohnhaus mit 2 Dreijammerwohnungen umgebaut worden. Trotz allem ist die Wohnungsnot in Travemünde immer noch groß. Hoffentlich wird die Bautätigkeit hier fortgesetzt, damit allmählich genügend Wohnungen für die Unterkunftsbedürftigen geschaffen werden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

S. P. D. Beamte und Angestellte. Morgen, Sonnabend, abends 8 Uhr spricht Gen. Dr. Ueber im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Durch Parteigenossen eingeführte Gäste sind willkommen.

Monatsprogramm des Zentralverbandes der Angestellten (Jugendabteilung). Sonntag, 5. März: Keigenabend, nachmitt. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. Dienstag, 7. März: Vortrag über das Funktionieren von Herrn Haut im Gewerkschaftshaus, abends 7½ Uhr. Sonntag, 12. März: Ausflug nach Lübeck. Näheres wird bekanntgegeben. Dienstag, 14. März: Tisch- und Brettspiele im Gewerkschaftshaus, abends 7½ Uhr. Sonntag, 19. März: Ausflug nach Schwartau und Umgegend. Treffpunkt: 1 Uhr Gewerkschaftshaus und 1½ Uhr am Schlachthof. Dienstag, 21. März: Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus, abends 7½ Uhr. Sonntag, 26. März: Unter Abend, nachmittags 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. Dienstag, 28. März: Vortrag mit Lichtbildern von Herrn Schermer im Jugendamt, 7½ Uhr abends.

Stadttheater. Für die Festaufführung von „Orpheus“ sind nur noch Plätze der Mittelgruppen zu haben. Eintrittskarten für den Gesellschaftsabend werden nur bis Sonnabend mittag angenommen und nur an Besucher der Festaufführung „Orpheus“ ausgegeben.

Hansa-Theater. Da der Erfolg der Operette „Der letzte Walzer“ ein so großer ist, steht sich die Direktion voran, diese Operette vorläufig täglich auf dem Spielplane zu lassen.

Volkshochschule. Am Sonnabend hält Diplom-Handelslehrer Bösch einen Vortrag über die „Vorbereitung der deutschen Revolution durch die Dichtkunst“.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. In der Bürgerchaft ist der Vorstand für das am 1. März beginnende neue Geschäftsjahr neu gewählt worden. Als Präsident ist mit 134 gegen 4 Stimmen der Genosse Hoff, Volkshochschullehrer, wieder gewählt worden. Bei der weiteren Wahl ergab sich durch einen Zufall, daß die Mehrheit des Präsidiums von Sozialdemokraten gebildet wird. Des weiteren befolgt die Bürgerchaft, erdgütlich die Einrichtung einer staatlichen Preisstelle in Hamburg.

Kiebnitz a. O. Eine Kielegebrüde stark beschädigt. Ein ähnliches Brückenunglück, wie es Dähme widerfuhr, ist jetzt auch über Kiebnitz heringebrochen. Das Eis der Lübecker Bucht geriet ins Treiben und schnitt hierbei ein etwa 100 Meter langes Stück der Dampferanlegebrücke weg. Der Schaden dürfte hier 3—400 000 Mark betragen.

Stade. Eine wichtige Entscheidung für Landarbeit. Vor der Stadt Strafkammer als Berufungsinstitut hatte sich eine ganze Anzahl Landarbeiter wegen Uebertretung des Forst- und Feldpolizeigesetzes zu verantworten. Neben ihrem Vorwurf haben die Landarbeiter in diesen Fällen die Berechtigung, Schafe auf der Weide des Arbeitgebers zu halten. Bei Austritt des Landarbeiters aus dem letzten Jahre verlangten die Arbeitgeber, daß die Arbeiter nunmehr auch sofort die Schafe von der Weide holen sollten. Die Arbeiter taten das nicht und die Arbeitgeber erhoben Anklage gegen die Arbeiter wegen Uebertretung des Forst- und Feldpolizeigesetzes. Das Amtsgericht verurteilte alle, etwa 40—50 Personen zu je 30 M. Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens. Während ein Teil der Arbeiter sich mit dem Urteil zufrieden gab, legte der andere Teil gegen dieses Urteil Berufung ein, so daß die Strafkammer des Stadt Landgerichts sich erneut mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte. Die Strafkammer sprach alle Angeklagten frei. Sämtliche Kosten, die den Angeklagten entstanden waren, auch die ihrer Berufung, wurden der Staatskasse auferlegt. Aus der Begründung des Urteils ist hervorzuheben: Auf Grund der Beweisnahme muß festgestellt werden, daß überhaupt kein Grund zur Erhebung einer Anklage in diesem Sinne vorhanden war. Eine Uebertretung des Forst- und Feldpolizeigesetzes wäre nur dann vorhanden gewesen, wenn die Landarbeiter u. a. befragt ihre Schafe auf der Weide ihres Arbeitgebers abweiden hätten. Dies war aber nicht der Fall, also weideten die Schafe nicht unter dem persönlichen Schutze der Arbeiter. Dieses ist aber die Voraussetzung für die Erhebung einer solchen Klage. Die Weidenbesitzer hätten auf die Weidung der Schafe von der Weide, nachdem das Vertragsverhältnis gelöset war, drängen können, und wenn die Landarbeiter dieser Aufforderung nicht nachgekommen wären, ihr Recht auf zivilrechtlichem Wege suchen müssen.

Gewerkschaften.

Bemerkung der arbeitsfreien Zeit zu Bildungszwecken. Damit die Arbeiter ihre infolge der Einführung des Achtstundentages freigebliebene Zeit zu nützen, hat Emil Vanderveelde einen Entwurf zur Organisation der kulturellen Arbeit des proletariats der belgischen Kammer vorgelegt. Ein „Oberster Rat für die Ausübung der Aufgaben des Arbeiters“ soll mit Beteiligung des Staates, der Kommunen und der Arbeitervereine ein genügend angelegtes Programm vermitteln. Außer der Mitwirkung an allen Volkshochschulinrichtungen der Regierung soll dieses Organ noch folgende Aufgaben erfüllen: Wandernde Kunstausstellungen, Ausstellungen zur Verbesserung des Arbeiterfortschritts, pädagogische Kultur der Arbeiter, Musik und Gesang, Volkstänze, Sporttage, Exkursionen usw. Alljährlich soll der „Oberste Rat“ einen Volkshochschulgesetz einbringen.

Beilegung des Mannfelder Streits. Unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums wurde in Halle über die Beilegung des Mannfelder Streits verhandelt. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich die Parteien auf folgender Grundlage: Der früher bestehende Kartellvertrag wird in vollem Umfange bis zum 1. Juni in Kraft gelassen. Einmal zentrale Vereinbarungen über den Kartellvertrag werden von der Mannfelder Gewerkschaft anerkannt. Die 11 M. Lohnzulage für Februar bleibt bestehen. Dazu kommen für März 10 M. und für die in diesem Schichtlohn stehenden Arbeiter 12 M. Die Arbeiter werden heute über diese Vereinbarungen Kenntnis erhalten.

Eine interessante Entscheidung. Der Streik der Damenschneider von Neuport, der am 14. November letzten Jahres begonnen hatte und von dem über 855 000 Kleiderarbeiter betroffen sind, wird auf eine für amerikanische Verhältnisse ungewöhnliche Weise beigelegt. Der Verband der Damenschneider hat eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt, die es ihnen im Schutzverband der Kleiderfabrikanten organisierten Arbeitgebern unterlag, auf irgendeine Weise gegen den zwischen beiden Parteien bestehenden Arbeitsvertrag, sich zusammenzuschließen oder zu konspirieren. Damit ist zum ersten Male eine von den Arbeitgebern oft gegen die Arbeiter angewandte Waffe umgekehrt worden und es wird de facto dem Arbeitgeberverband unterlag, einen Beschluß durchzuführen, ab 14. November das Stücklohnsystem und die 48-Stunden-Woche wieder einzuführen, wie das beabsichtigt war, trotzdem der alte Vertrag, der Stundenlohn und die 44-Stunden-Woche vorsteht, noch bis Juni 1922 läuft. Im Anschluß an dieses Urteil hat der Verband gegen die Arbeitgeber Schadenersatzklagen eingereicht, wegen der Verluste, die die Arbeiter auf Grund des ihnen aufgezwungenen Streiks erfahren hatten. Der Verband berechnet die Verluste auf 2—3 Millionen Dollars.

Aus aller Welt.

Selbstmord des Kleppeldorfer Mörders. Aus Siegburg wird gemeldet: Der wegen des Kleppeldorfer Doppelmordes zweimal zum Tode verurteilte Gruppen verübte in der Zelle Selbstmord. Gruppen hatte vor dem Selbstmord keinerlei Anzeichen der Erregung gezeigt und sein Mittagessen in voller Ruhe verzehrt. Um 4 Uhr nachmittags wurde die Zelle geöffnet und alles in Ordnung gefunden. Als um 4½ Uhr erste weitere Revision stattfand, fand man Gruppen am Hosenknopf an der Zentelheizung erhängt vor. Sofort wurden Wiederbelebungsversuche unternommen, die erfolglos blieben. Gruppen hat schriftliche Aufzeichnungen nicht hinterlassen und auch zu niemandem eine Aussage gemacht, die auf sein Verbrechen schließen ließ.

Der Oberbaum bei Breslau durchbrochen. Die Bewohner des infolge Dammbrochs völlig unter Wasser gelegten Dorfes Trebschen hauen in Dachkammern und auf den Dächern ihrer Häuser; zum Teil sind die Bewohner auf Röhren in Ortschaften der Umgegend übergesiedelt. Menschenleben sind bisher nicht zu beklagen. Der Bruch ist dadurch entstanden, daß sich unterhalb Trebschen eine schwere Eiseinfrierung gebildet hatte, die gesprengt worden ist.

Vierlinge! Ein seltenes Ereignis hat sich in Pognitz, Kreis Pritz, zugetragen. Die Ehefrau des dortigen Eigentümers Holzhiiter überrückte ihren Gatten mit Vierlingen, zwei Knaben und zwei Mädchen. Mutter und Kinder befinden sich wohl.

Nächtliger Ueberfall auf ein Bauerngehöft. In Deutsch-Würzbil verlangten nachts drei Männer auf einem Bauerngehöft Einlaß. Als ihnen nicht geöffnet wurde, feuerten sie fünf Schüsse durch die Tür des Wohnhauses. Ein Sohn des Besitzers wurde tödlich getroffen, drei andere Familienmitglieder wurden schwer verletzt. Darauf entflohen die Verbrecher. Die Kriminalpolizei hat bereits eine der Tat verdächtige Person verhaftet.

Schweres Eisenbahnunglück bei Brüg. Aus unbekannter Ursache entgleiste unweit von Brüg ein gemischter Zug, wobei fünf Personen schwer und acht leicht verletzt wurden.

Ein Millionenbetrüger mit sieben Bräuten. Ein Betrüger von ungewöhnlicher Begabung scheint ein Spanier zu sein, der von der französischen Polizei verfolgt und jetzt in Barcelona verhaftet wurde. Dieser Mann hat den wohlklingenden Namen Antonio Lusia y Buze und stammt aus guter Familie. Er beherrscht sieben Sprachen. Das Schicksal hat ihn überdies mit einer ansehnlichen Erbschaft und mit vielen gesellschaftlichen Vorzügen ausgestattet. Diese Gaben des Glüdes benutzte der edle Don, um in vier Monaten eberhundert Millionen Franken zu ergaunern. Er ist ein Meister in der Fälschung von Scheins und hatte das System, seine Fälschungen in europäischen Banken anzubringen und in überseeischen, meist amerikanischen, einzuführen. Nebenbei war er Heiratswunder. Er soll mit sieben Damen aus besten Familien verlobt sein. Eine seiner „Bräute“ ist die Tochter eines Polizeidirektors in einer südamerikanischen Stadt. Lusia y Buze hatte u. a. zwei Duzend Namen, mehrere Uniformen und zahlreich Orden. Er hat bei seiner Verhaftung gesagt, daß er seine Fälschungen beging, um seinen Vater an den Banken zu rächen. Sein Vater ist von den Bankiers ruiniert und zum Selbstmord getrieben worden. Er macht zugleich den Geschädigten den Vorwurf, daß er ihm gütlich zu einigen. Er besitze ein ansehnliches Bankguthaben, das die Polizei nicht entdecken könne, und wäre bereit, 25 Prozent der erschwundenen Summe zurückzuerstatten.

Allerlei Wissenwertes.

Neues vom Mond. Ein Ingenieur und ein Astronom wollen herausgefunden haben, daß der Mond in 560 000 Jahren auf die Erde herabstürzen wird. Da wir dieses doch nicht mehr erleben werden, so wollen wir uns darüber keine Sorgen machen. Auch die aus Amerika kommende Meldung, es sei dem Professor William S. Bidering gelungen, auf Grund photographischer Aufnahmen nachzuweisen, daß es auf dem Monde Leben oder doch wenigstens Pflanzen gebe, ist mit Vorbehalt aufzunehmen. Bisher hat man als sicher angenommen, daß auf dem Monde keine Atmosphäre vorhanden sei. Jeder, der schon Sternbedeckungen durch den Mond betrachtet hat, kennt die Flüchtigkeit des Verschwindens und Wiederauftauchens der Gestirne am Mondrande, die nicht möglich sein würde, wenn auch nur die geringste Spur einer Gas-hülle vorhanden wäre. Durch ein Gas oder eine Mischung von Gasen (Luft) würde das Licht des Gestirns am Mondrande mehr oder weniger gefächert und abgelenkt werden. Das Fehlen einer Atmosphäre hat aber die Wasserlosigkeit zur Voraussetzung; denn Wasser, auch in Form von Eis würde verdunsten, also eine Atmosphäre erzeugen. Ohne Wasser und Luft können aber Organismen in unserem Sinne, d. h. Tiere und Pflanzen, nicht existieren, und sie würden auch auf der Erde aussterben, wenn Wasser und Luft verschwänden. Hinzu kommt noch ein drittes Moment, ohne das sich Organismen nicht entwickeln und erhalten können: die normale Wärme. Auf dem Monde herrscht während seines vierzehntägigen Tages infolge ungehinderter, intensiver Sonnenstrahlung ohne Zweifel eine sehr hohe Oberflächentemperatur, dagegen während seiner vierzehntägigen Nacht infolge heftiger Ausstrahlung eine unerhörte, nahe dem absoluten Nullpunkte (— 273 Grad C) liegende Kälte, zwei weitere Gründe, die die Existenz von Lebewesen völlig ausschließen.

Sport.

Dem Fußballverein „Vorwärts“ ist es gelungen, zum kommenden Sonntag „Union“ Neumünster nach hier zu verpflichten. Es ist dies eine äußerst spielstarke Elf. Die feinerzeit hier weilende Ederförder Mannschaft mußte zweimal eine Niederlage gegen diese Mannschaft einstecken. Am letzten Sonntag verlor „Union“ knapp mit 3 : 2 gegen Gruppe West (Kiel). Es ist daher ein gutes Spiel zu erwarten. Das Spiel beginnt nachmittags 3 Uhr (Alte Kaserne). Vor dem Spiel die zweiten Mannschaften beider Vereine. Am Freitagabend 8 Uhr: Zusammenkunft aller Mannschaften im Vereinslokal (19208)

Hotels, Restaurants, Cafés, Vereinigungen

Hotel Viktoria Fernruf 452. Gegenüber dem Bahnhof.

Hotel International Neues Haus am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

Hotel Stadt Hamburg Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannisstraße. Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

C. Hanschens Restaurant F. 8636. Weiter Krambuden 7. Tägl. musikalische Unterhaltung. Mittagstisch 12-2. Abendstisch 6-9. Fremdenzimmer.

Restaurant und Café zum Deutschen Kaiser Inh. Aug. Bräck Wwe. Königstraße 41. Fernsprecher 581. Gute Küche. Sträßbahnlinie 3.

Theater-Restaurant u. Café Fünfhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

Bodega Weinstuben F. 8986. Fleischhauerstraße 14. Inh. H. Giesenberg. Gemütl. Aufenthalt.

Rathaushalle Tägl. von 5-1 Uhr Künstlerkonzert. Billards. W. Bruhn.

Stadthallen — Weißer Saal Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen. Anfang 5 Uhr. F. Lantau.

Stadt-Café Holstenstraße 17. Täglich Künstler-Konzert. Paul Ferck.

Café Viktoria Täglich Konzert. Mühlenbrücke 1.

„Opera“ 8 Uhr abends.

Café Roland Tägl. Künstler-Konzert

Café Bernhardt Fackenburg Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Reserviert.

Neues Lichtspiel-Theater Fernruf 8698. Breite Straße 18. Erste und vornehmste Lichtbildbühne. Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem nur die auserwähltesten Programme. Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

Tusculum Fischstraße 4. Bar m. Weinstuben. Dezente Musik.

Gerhard Tschorn Speisekasino. Johannisstr. 3.

Julius Stammer Konditorei — Kaffee. Lindenstraße 1b.

Hodermanns Konditorei Täglich Konzert.

Uhren, Goldwaren und Musik

C. Porté Goldschmiedemeister. Fabrikation u. Verkauf jugendloser Trauringe. Fleischhauerstr. 26.

Ludwig Zander Juwelier u. Goldschmied. Fernruf 8700. Marlesgrube 3.

Lorenz Behnfeldt Pfaffenstraße 8. Uhren, Goldwaren, Reparaturwerkstatt.

Rudolph Wiese Goldschmied. Breite Straße 48. Gold-, Silberwaren. Versilb., Alpaca-, Nickelwaren.

Hallers Musikhaus Lübeck. Markt 3.

Meyer & Eggert Fernruf 2426. Königstraße 116. Musikinstrumente.

Musikhaus Fr. Dietrich & Co. Musikinstrumente. Bestandteile. Noten jeglicher Art. Saiten. Beckergrube 27.

Musik- Instrumente, Lauten, Gitarren, Mandolinen usw. **Ernst Robert**. Breite Straße 29. Fernr. 8750.

Geschäftliche Rundschau und **Zeitungs-Dauer-Fahrplan** Musterschutz

Ehlers & Reetwisch St. Petri 2/4. Holstenstraße 1. Das Haus der guten Qualitäten. Manufaktur. Konfektion. Schuhwaren.

Café „Nirwana“ Fernruf 3529, Mühlenstraße 46.

Trocadero Fernruf 787. Schlüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Weberus-Konzerte. Sonntags 5 Uhr.

Fledermaus Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung und Tanz. I. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

U Lichtspiele. Fünfhausen 17/19, im Hause der Fledermaus. Jeden Dienstag neues spannendes Programm. Anfang 5 Uhr. Sonntag 4 Uhr. Letzte Abendvorstellung 8 Uhr.

Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebensmittel? Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

E. Hardt, Mechanische Strickerei Lübeck, Fischergrube 60

Schuhwarenhaus W. Blumenthal Kohlmarkt 1. Sandstraße 2-4.

Uhren-Voss Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8998.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg			Büden			Eutin			Travemünde		
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Lübeck	Büden	Lübeck	Lübeck	Eutin	Lübeck	Lübeck	Travemünde	Hindorf
ab	an	ab	ab	an	ab	ab	an	ab	an	an	an
6:00	7:45	5:30	8:00	9:15	6:34	7:45	7:15	8:15	6:15	7:22	6:22
7:47	9:21	2-4. St.	1:30	2:47	1:45	1:00	9:47	10:45	8:36	9:16	8:15
2-4. St.		7:05	4:16	5:31	1:29	1:23	1:08	12:34	1:21	9:45	10:10
9:30	10:50	2-4. St.	5:30	6:52	3:27	4:42	1:42	D 2:25	3:35	D 4:12	10:40
11:08	12:28	8:20	9:12	10:34	7:22	8:40	2:00	2:56	7:28	S 8:34	3:10
2-4. St.		8:40	9:12	10:34	7:22	8:40	7:21	8:20	7:46	8:59	3:40
1:25	2:56	10:17	* D Berlin-Stiel und zurück.								
3:44	5:02	2-4. St.	Kleinen			Segeberg					
2-4. St.		12:28	Lübeck	Kleinen	Lübeck	Lübeck	Segeberg	Lübeck			
4:17	5:59	3:30	ab	an	ab	ab	an	ab	an		
2-4. St.		5:10	7:15	8:58	5:50	7:25	8:05	10:02	5:45	7:08	
7:18	8:20	5:10	9:26	D 10:28	9:02	10:57	9:00	10:20	10:38	11:55	
7:22	9:00	2-4. St.	9:42	D 10:41	1:54	3:36	2:10	3:35	10:37	11:55	
8:18	9:14	7:22	12:02	1:44	D 7:10		7:30	8:55	4:15	6:15	
9:08	10:25	2-4. St.	5:19	7:09	7:09	D 8:08			5:45	S 7:08	
9:30	11:02	11:40	9:12	10:51	7:25	9:06					
2-4. St.		1:05									

W = Wochentags. S = Sonntags. D = D-Zug. (Ohne Gewähr).

Markmann & Meyer Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe. Markthalleingang Breite Straße.

Reserviert für **H. E. Koch Möbelhäuser** Marlesgrube.

Georg Petersen Huxstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

Walter Büttner Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und Metalle en gros.

Auto-Eschen Fernruf 1894. **Camphausen & Co.** Kraitfahrzeuge.

Possehl's Kohlenhandel Abteilung Beckergrube Abteilung Mühlenstr. 62. Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723. **Kohlen, Koks, Briketts** Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

Max Boye Holz-, Kohlen- und Holzkohlen-Lager. Tägliches Platzverkauf: Falkenstraße. Telefon 8441. **F. W. Tietz** fuhrwerksbetrieb bei billigster Berechnung.

Adolf Borgfeld, Lübeck Inhaber Hermann Kubli. **Oefen, Herde, Grudeherde, Gaskocher** Größte Auswahl bei günstigsten Preisen.

Lebensmittel und Drogen
Spanelli
Milch-Schokolade
Schweizer Art.

L. Roeper Fernruf 8915. Königstr. 75. Kaffeegrößerei und Kolonialwaren.

Reserviert für **J. G. Niederegger** Marzipan.

Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

Hansa-Meierei Fackenburg Allee 59a und b. Fernruf 281/557.

Rostocker Butterhandlung Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

Th. Storm Nachf. Inh. Chr. Stakelbeck Fernruf 473. Königstraße 98. Spezial-Butter- und Mearinehandlung. Groß- und Kleinhandel.

Aland Bod- u. Bierwurst.

Erich Helm Wurstfabrik. Fleischhauerstraße 54.

Ahrbergs Bockwurst u. Würstchen W. Sander. Fernruf 8121. Markt 3.

Fischversandhaus „Möwe“ Alfr. Beßmann & Co., Lübeck. Fernruf 1352. Kl. Burgstraße 6. Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

Heinrich Prümm Fernruf 651. Walmstr. 21. Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

Ludw. Buck Fernruf 8734. Breite Straße 36. Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

C. Klein Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4. Delikatessen — Fettwaren.

Johannes Hanssen Balauerlohr 17. Delikatessen — Fettwaren.

Reserviert für **Janssen Delikatessen** Beckergrube 7. Kartoffeln, Frucht, Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59.

Spethmann & Fischer Frucht, Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59.

Fr. R. Muuß Günstiger Einkauf von Lebensmitteln. Alfstraße 25.

C. F. Aim Holstenstraße 12. Fernruf 900. Farben, Drogen, Chemikalien.

Diana-Drogerie Paul Stammer. F. 8644. Glandorpsstr. 1. Farben, Verbandstoffe. Toiletteart.

Ferd. Kayser Drogerie. Breite Straße 81.

Bruno Solmann Fleischhauerstr. 31. Konditorei u. Kuchenbäckerei. **Ernst Voß** Große Burgstraße 59. Kolonialwaren. Spirituosen.

Becker Central-Fabrik R. Spangenberg, Lindenstraße 20/22. **Fr. Weingärtner Nachf.** Johannisstr. 3. Konfitüren. Delikatessen.

Ed. Teuteberg Lederhandlung. Untertrave 67.

Auguste Popp Schuhwarenhaus. Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

Friedrich Baurenfeind Schuhwaren. Fernruf 1363. Mühlenstraße 34.

Wilh. Ewert Schuhwaren. Untertrave 3. Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

Chr. Redien Schwönekenquerstraße 25. Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

Karl Brandt Schuhmacherei. Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Engelsgrube 2.

B. Dittmer Fünfhausen 7. Schuhreparaturwerkstätte. Maßanfertigung.

Carl Hans Kühl Fernruf 2988. Mühlenstraße 42. Leder- und Schuhmacherbedarfartikel-Handlung.

Alexander Krock Königstr. 47. b.d. Johannisstr. Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.

F. Fränkel Breite Straße 35 und Holstenstraße 4. Billigste Bezugsquelle in echten Lederwaren, Koffern und Reiseartikeln.

Thomas Mann

eröffnet am Sonnabend, dem 4. März, mittags 12 Uhr, die

Buddenbrook-Buchhandlung

(Mensstraße 4)
 Eintrittskarten (10.-) bei Lübbe & Nörhing, Breite Straße 25. Der Gesamterlös findet für Wohltätigkeitszwecke Verwendung. (18888)

Anbiete Wollkleider

aus reinwollenem Cheviot 420.- b. 650.- Mk.
 aus reinwoll. Kammgarn 595.- b. 850.- Mk.
 aus reinwollen. Gabardin 920.- b. 1850.- Mk.

Dargel-

Blie, Lübeck, Holstenstr. 16.

(18816)
 Markthallenstand 48-49
 gr. Heringe 5.50 Mk.,
 Seeaal, Seelachs,
 Kabeljau, Schellfisch,
 Fischcarbonade.
 (18819) R. Eggers.

Am Mittwoch ent-
 schließ' laßt meine
 innigstgeliebte Frau,
 unsere liebe, treu-
 sorgende gute Mut-
 ter, Schwiegermüt-
 ter und Großmutter,
 Frau (18809)

**Wilhelmine
 Schweder,**

geb. Krapp
 im 81. Lebensjahre.
 Auf's schmerzlichste
 vermißt von mir und
 meinen Kindern, En-
 kelkindern und Ver-
 wandten.

Heinr. Schweder,
 Rottwitzstr. 86 I.

Beisetzung am
 Dienstag, 7. März,
 2 1/2 Uhr, von der
 Kapelle des Dom-
 ter Friedhofes aus.

Am Dienstag, d.
 28. Februar, nach-
 mittags, verschied
 plötzlich infolge eines
 Unglücksfalles unser
 treuer Kollege, der
 Schiffsführer

**Johannes
 Oldenburg.**

Wir werden sein
 Andenken in Ehren
 halten. (18812)

Die Arbeiter der
 Firma
C. Fr. Dünkel & Co.
 Hamburg.

Die Beerdigung
 findet am Montag,
 6. März, vor m. 10 1/2
 Uhr, auf dem Burg-
 wald-Friedhof statt.

Sammelplatz der
 Kollegen um 10 Uhr
 bei Hopner, Re-
 staurant zum Stadt-
 park.

**Deutscher
 Bauarbeiter-Verb.**
 Ortsgruppe Lübeck.

Nachruf.

Am Donnerstag,
 dem 2. März 1922,
 starb unter lang-
 jähriger Lege

Ludwig Müdel,

Wasser
 im Alter von 81
 Jahren. (18811)

Seine
 feinem Andenken!

Die Beerdigung
 findet am Montag,
 dem 6. März, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, auf
 dem Vorwerker
 Friedhof statt.
 Der Vorstand.

Zum Bestehen des
 Haupt-Gremialblattes
 zuverlässige Franca
 gesucht. Abgabe 68.

**Ein Zeitungs-
 verläufer**
 zu sofort gesucht.

„Lübecker Volksblatt“
 Johannstraße 46.

Mietgesuch.

Zu sofort oder später eine 3-Zimmer-Wohnung
 im Stadt- oder Vorwerk.

eine 3-Zimmer-Wohnung
 mit Werkstätte.

Zu beziehen durch die
Zentrale für private Fürsorge,
 Königstraße 19. Fernruf 5744. (18785)



Ata
Henkel's
Scheuerpulver

putzt
 reinigt
 Alles!

Ata eignet sich für alle
 Küchengeräte besonders
 auch für Öfen, Badewannen,
 Klosetts, Marmor, Steinböden.
 Hersteller: Henkel & C^o Düsseldorf. (18808)

Große Kinderbettstelle,
 Klappform, 6 Wech-
 släder zu verkaufen 18804
 Wiedestraße 30, I.

Gut erhalt. Sommerhu-
 für jung. Mädchen u. gut
 erhalt. Gängelampe z. vk.
 18824 Finkenstr. 5, I.

1 B. schw. Entlastungs-
 Sattelstuhl Gr. 44 z. vk.
 18817 Wertheimstr. 47.

Gastgeber z. verk.
 18797 Meisl Allee 14, II.

Fr. Gahn z. verkaufer
 18829 Wiedestraße 17, v.

Lehrerhund bild. z. v.
 18827 Luendornstr. 39 II.

Gr. Partie
 Kerfel
 z. verk.
 18890 Stüwe,
 Schönböden, Str. 18.

Eine gr.
 Partie
 Kerfel
 bild. z. v.
 18821 J. Küwer,
 Schwarz Allee 163.

Zu kaufen geg. e. Ver-
 kehr u. Vertung. (18817)
 Komrade, Ang. u. A 3
 u. d. Exp. d. St.

A. L. gel. Sofa f. d.
 Küche. Jürs. (18829)
 Wiedestraße 7 v.

E. L. g. ers. G.-Rad
 m. Fel. z. vk. Abds. u. 4 II.
 18819 Hügin. 33 I.

Seiner 1 Jahre lang.
 18825 Ang. u. A 2 u. d. C.

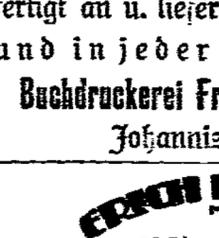
**Die
 Mosen
 Jakob**
 Nr. 150.
 Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.,
 Johannstraße 46.

Leider
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Beitragsmarken
 für Vereine, Gewerkschaften

fertigt an u. liefert prompt, preiswert
 und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
 Johannstraße 46.

EDICH KUTNER
Warum
 verfaßt die Justiz?



**Summi-
 billig**
 50 Hürstr. 50

Zur Krise

der
 kommunist. Partei Ungarns

Internationale
 organisierte. Mitglieder

Mk. 12.-

Buchhandlung

Friedrich Meyer & Co.,
 Johannstr. 46.

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in halt-
 baren Fabrikaten
 alle Schmeider-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung und
 Schäftefabrik. (18889)



LÜBECKER EDEL-METALLHAUS
 M. REDNER & CO.
 BECKERGRUBE 18.

Großhandel. Kleinhandel.
 Die erste Abzweigung am Platz.
Unüberbietbare Preise

für **Gold-
 Silber-
 Platin-
 Double-
 Brillanten**

**Gebisse
 Uhren
 Münzen
 Schmucksachen**

zählt nur (18887)
Beckergrube 18 I.

**Summi-
 billig**
 50 Hürstr. 50

Gemeinn. Arbeitsgenossenschaft
 e. G. m. b. H., Lübeck.
 (früher Arbeitsbaugenossenschaft).

Generalversammlung
 am Mittwoch, dem 15. März 1922,
 abends 7 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus.

Tages-Ordnung:
 1. Geschäftsbericht und Genehmigung der Bilanz
 2. Bericht des Aufsichtsrates, der Revisionskom-
 mission und Entlastung des Vorstandes.
 3. Verteilung des Reingewinns.
 4. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates.
 5. Antrag des Aufsichtsrates (betreffs Wählanteile)

Mitgliedsbücher vorzeigen.
 Die Bilanz liegt vom 6. März 1922 im Bu-
 reau, Mengstraße 28, zur Einsicht der Genossen
 aus. (18798)

Der Aufsichtsrat.

Verein für deutsche Schäferhunde
 (S.V.) Ortsgruppe Lübeck.

Gr. öffentl. Vortrag
 und Beantwortung von deutschen Schäferhunden
 von Herrn Preierichter Sievers, Bergedorf am
Sonnabend, 4. März, abends 8 Uhr
 im Lokal „Weißes Röhl“
 Mariesgrube.

Sämtliche Besitzer und Gönner von deutschen
 Schäferhunden sind freundlichst eingeladen.
 (18814) Die Ortsgruppe.

NB. Aufnahme neuer Mitglieder.

ZENTRAL-HALLEN.
 Morgen Sonnabend, den 4. März 1922:

**2. große
 Volks-
 Maskerade.**

Anfang 7 Uhr. Maskenzug 8 Uhr.
 Eintritt Mk. 7.- ohne Steuer.
 Für Nichtmaskierte Kappenzwang.

Klub „Tante Berta“
 Am Sonnabend, dem 4. März 1922:

Großer BALL
 im Gesellschaftshaus „Marli“
 Anfang 7 Uhr. (18828) Das Komitee.

Achtung!
 Unüberbietbar sind unv. Preise, welche
 wir täglich zahlen für
**Gold-, Silber-, Platin-
 Gebisse, Zähne, Brillanten.**

sowie Schmucksachen aller Art.
 Ganz besond. weisen wir darauf hin, daß
 wir jede annoncier. Konkurr. überbieten.
 (18835) Brennmann
Beckergrube 24
 im Zigarrengeschäft
 Achten Sie bitte auf die Hausnummer.

Prima frisches Kalbfleisch Pfd. 11.-
Prima fr. Schweinefleisch Pfd. 24.-
Prima frisches Rindfleisch Pfd. 18.-
Prima gefalz. Rindfleisch Pfd. 10.-
O. Stöver, Bahnhöfstr. 22. Tel. 2138. (18884)